



Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Hamburg University of Applied Sciences

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
Fakultät Life Sciences
Studiengang Ökotrophologie

Bachelorarbeit

Über welche Kommunikationskanäle können Erziehungs- und Sorgeberechtigte mit geringem Einkommen über die Sozialleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung an Hamburger Schulen informiert und erreicht werden?

Jolyn Bendig

Matrikelnummer: 

Fachsemester 8

1. Gutachterin: Dr. Ernestine Tecklenburg

2. Gutachterin: Selina Wachowiak

Abgabe am: 06.08.2025

Inhaltsverzeichnis

Anmerkung	IV
Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	VI
Zusammenfassung	1
Abstract	2
1 Einleitung	3
2 Theoretischer Hintergrund	6
2.1 Gesundheits- und Ernährungsstatus von Kindern und Jugendlichen in Deutschland	6
2.2 Bedeutung der Schulverpflegung	6
2.3 Verhältnisprävention	8
2.4 Präventionsdilemma	8
2.5 Ernährungsarmut in Deutschland	9
2.6 Das Bildungs- und Teilhabepaket	11
2.7 Kommunikationsstrategien	15
3 Fragestellungen	17
4 Methodik	19
4.1 Forschungsmethode	19
4.2 Art der Datenerhebung	19
4.3 Fragebogenerstellung	20
4.4 Ablauf der Umfrage	21
4.5 Analyse der erhobenen Daten	22
5 Ergebnisse	23
5.1 Quantitative Ergebnisse	23
5.2 Qualitative Ergebnisse	31
6 Diskussion	32
6.1 Methodendiskussion	32
6.1.1 Limitationen	32
6.1.2 Erfüllung der Gütekriterien	33
6.2 Ergebnisdiskussion	35
6.2.1 Teilfrage 1	35
6.2.2 Teilfrage 2	36
6.2.3 Teilfrage 3	37
7 Schlussfolgerung & Ausblick	40
Literaturverzeichnis	41

Anhang	44
<i>Abbildung Ergebnisse</i>	44
<i>Fragebogen</i>	45
Eidesstattliche Erklärung	54

Anmerkung

Zur vereinfachten Lesbarkeit wird die Personengruppe der Erziehungs- und Sorgeberechtigten verkürzt und umgangssprachlich in dieser Arbeit auch als „Eltern“ bezeichnet.

Zudem wird die Bezeichnung „Personen mit dem Bezug von Sozialleistungen / Sozialleistungsbezug“ verallgemeinernd auch als Synonym verwendet für Personen, welche keine Sozialleistungen beziehen, aber dennoch ein geringes Einkommen haben und somit auch potenziell Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben.

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1 Unterteilung der Gesamtstichprobe nach Bezug / kein Bezug von Sozialleistungen</i>	23
<i>Abbildung 2 Unterteilung verschiedener Bezüge von Grundsicherung der Erziehungs- und Sorgeberechtigten</i>	24
<i>Abbildung 3 Verteilung von Sozialleistungsbeziehenden unterteilt nach Schulform</i>	24
<i>Abbildung 4 gewünschte Kommunikationskanäle in Grundschulen</i>	25
<i>Abbildung 5 gewünschte Kommunikationskanäle in weiterführenden Schulen</i>	25
<i>Abbildung 6 bisher genutzte Kommunikationskanäle in Grundschulen</i>	26
<i>Abbildung 7 bisher genutzte Kommunikationskanäle in weiterführenden Schulen</i>	26
<i>Abbildung 8 gewünschte Kommunikationskanäle von Eltern mit Sozialleistungen / einem geringen Einkommen unterteilt nach Schulform</i>	27
<i>Abbildung 9 gewünschte Kommunikationskanäle von Eltern mit bzw. ohne Verständnisproblemen</i>	27
<i>Abbildung 10 Probleme Informationen zum Schulessen zu bekommen an Grundschulen</i>	28
<i>Abbildung 11 Probleme Informationen zum Schulessen zu bekommen an weiterführenden Schulen</i>	28
<i>Abbildung 12 Inanspruchnahme Kostenübernahme Mittagsverpflegung</i>	29
<i>Abbildung 13 Inanspruchnahme der Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung aller Leistungsberechtigten unterteilt nach Schulformen</i>	30
<i>Abbildung 14 Gründe zur Nicht-Inanspruchnahme der Kostenübernahme der Mittagsverpflegung von BuT-Berechtigten</i>	30
<i>Abbildung 15 bevorzugte Sprachen der Teilnehmenden zur Beantwortung der Umfrage</i>	44

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1 Möglichkeit und Nutzung einer warmen Mittagsverpflegung in der Schule nach Geschlecht, Altersgruppe, Schultyp, Wohnregion, SES</i>	7
<i>Tabelle 2 Leistungsberechtigte (LB) mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe - Zeitreihe Jahresanwesenheitsgesamtheit (Hamburg)</i>	12
<i>Tabelle 3 Leistungsberechtigte (LB) mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe - Zeitreihe Jahresanwesenheitsgesamtheit (Jahresvergleich) (Hamburg)</i>	13

Abkürzungsverzeichnis

AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
BMBFSFJ	Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BuT	Bildungs- und Teilhabepaket
DGE	Deutsche Gesellschaft für Ernährung
EsKiMo II	Ernährungsstudie als KiGGS-Modul II
FAO	Food and Agriculture Organization
HAG	Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
IFAD	International Fund for Agricultural Development
KIGGS	Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
RKI	Robert Koch Institut
SES	socioeconomic status
SGB	Sozialgesetzbuch
UNICEF	United Nations Children´s Fund
WBAE	Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz
WFP	World Food Programme
WHO	World Health Organization

Zusammenfassung

Die Schulverpflegung stellt einen zentralen Baustein einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Ernährung und sozialer Teilhabe für Kinder und Jugendliche dar. Insbesondere Schüler:innen aus Familien mit einem geringen Einkommen sind durchschnittlich häufiger von Ernährungsarmut und damit verbundenen ernährungsbedingten Erkrankungen betroffen. Um diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken, wurde das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) geschaffen, welches unter anderem die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in der Schule für Familien mit geringem Einkommen vorsieht.

Ziel dieser Arbeit ist es zu untersuchen, über welche Kommunikationskanäle Erziehungs- und Sorgerechthabende mit geringem Einkommen effektiv über das BuT-Angebot zur Mittagsverpflegung informiert und erreicht werden können. Im Rahmen einer Online-Umfrage wurden bevorzugte Kommunikationswege und bestehende Barrieren bei der Informationsvermittlung zur Schulverpflegung erfasst. Die Ergebnisse zeigen, dass digitale Kommunikationskanäle, wie die Schulwebsite oder die Website des Caterers, sowie die Nutzung einer App, von der Gesamtkohorte bevorzugt werden. Eltern mit geringem Einkommen präferieren jedoch verstärkt analoge oder persönliche Kommunikationskanäle wie den / die Klassenlehrer:in oder Elternbriefe. Gleichzeitig verdeutlicht eine vergleichsweise geringe Inanspruchnahme der Kostenübernahme, dass strukturelle und bürokratische Hürden weiterhin Barrieren darstellen. Die Ergebnisse lassen auf die Notwendigkeit eines mehrkanaligen, zielgruppenorientierteren Ansatzes schließen, welcher digitale mit persönlichen Kommunikationswegen kombiniert, bürokratische Verfahren vereinfacht und Informationen sprachlich sowie formal barrierearm gestaltet.

Die Unterrepräsentation der Eltern mit geringem Einkommen in der Stichprobe, bestätigt die erschwerte Erreichbarkeit dieser Zielgruppe über digitale Wege. Darüber hinaus sind weitere Limitationen bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten und verweisen auf weiterführende Forschungen mit einem differenzierteren, zugänglicheren Studiendesign.

Abstract

School meals are a key component of healthy and sustainable nutrition and social participation for children and young people. Students from low-income families are particularly affected by food poverty and related nutrition related illnesses. To counteract these difficulties, the Education and Participation Package (BuT) was created, which, among other things, covers the costs of school lunches for low-income families.

The aim of this study is to investigate which communication channels can be used to effectively inform and reach low-income parents and guardians about the BuT lunch program. A standardized online survey was conducted to identify preferred communication channels and existing barriers to the dissemination of information about school meals. The results show that digital communication channels, such as the school website or the caterer's website, as well as the use of an app, are preferred by the entire cohort. However, low-income parents increasingly prefer analog or personal communication channels such as the class teacher or letters to parents. At the same time, the comparatively low take-up of cost coverage shows that structural and bureaucratic hurdles continue to pose barriers. The results suggest the need for a multi-channel, target group-oriented approach that combines digital and personal communication channels, simplifies bureaucratic procedures, and makes information accessible in terms of language and format.

The underrepresentation of low-income parents in the sample confirms the difficulty of reaching this target group via digital channels. In addition, further limitations in the interpretation of the results must be taken into account and point to further research with a more differentiated, accessible study design.

1 Einleitung

Der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist durch eine hohe Prävalenz von Übergewicht und Adipositas geprägt. Laut den Ergebnissen der zweiten Welle der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS Welle 2) sind rund 9,5 Prozent der 3- bis 17-Jährigen übergewichtig und rund 5,9 Prozent adipös. Damit verbunden sind Risiken wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus Typ 2 oder auch psychosoziale Belastungen. Zu erkennen ist die Notwendigkeit frühzeitiger gesundheitsförderlicher Maßnahmen in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen. (Förderschwerpunkt Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen, 2024).

Das Setting Schule spielt eine zentrale Rolle. Die Schulverpflegung bietet die Chance, Schüler:innen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu erreichen und ihnen den Zugang zu einer gesundheitsförderlichen und nachhaltigen Ernährung zu bieten (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., 2022). Die Beeinflussung von Ernährungsumgebung und -verhalten der Schüler:innen kann nicht nur kurzfristig positive Folgen haben, sondern auch langfristig Ernährungsgewohnheiten prägen und somit ernährungsbedingten Krankheiten vorbeugen (Koletzko, 2011). Trotz dieser Chancen nutzen nur 43,2 Prozent der Schüler:innen das Angebot einer warmen Mittagsverpflegung, wobei deutliche Unterschiede nach Altersgruppen und sozioökonomischem Status zu erkennen sind (Mensink, et al., 2020).

Anschließend daran stellt sich die Frage der strukturellen Verantwortung. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) kritisiert, dass die Verantwortung für gesunde und nachhaltige Ernährungsentscheidungen bisher zu stark auf das Individuum geschoben wird. Die Politik sei am Zuge – eine entsprechende Umgestaltung der Ernährungsumgebungen könnte einen großen Einfluss haben und diese Verantwortung von den Einzelpersonen abnehmen. Eine kostenfreie Schulverpflegung wäre ein Schritt in diese Richtung (WBAE, 2020). Die bisherigen Bemühungen der Prävention werden oft durch sogenannte Präventionsdilemmata zusätzlich erschwert. Denn gerade vulnerable Bevölkerungsgruppen, welche vorwiegend von gesundheitsfördernden Maßnahmen profitieren könnten, nehmen die entsprechenden Angebote seltener in Anspruch (Sahrai & Bittlingmayer, 2024) (Janssen, Swart, & von Lengerke, 2014).

Ein besonders relevanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Ernährungsarmut, welche nicht nur materielle, sondern auch soziale Dimensionen beinhaltet. Rund 3,5 Prozent der Deutschen sind laut Food and Agriculture Organization (FAO) von Ernährungsarmut betroffen (FAO, IFAD, UNICEF, WFP, & WHO, 2022). Mit einher geht das Risiko einer sogenannten Armutsspirale: Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten haben ein erhöhtes Risiko für Mangel- und Fehlernährung, wodurch negative körperliche und kognitive Entwicklungen entstehen können. Dies erhöht wiederum das Risiko eingeschränkter Bildungschancen, sowie im späteren Leben selbst von Armut betroffen zu sein (Freitag-Ziegler, 2023). Eine kostenfreie Schulverpflegung und damit einhergehend

Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Teilhabe wie gemeinsame Mahlzeiten, sind nicht nur ein gesundheitspolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Thema (Lundborg, Rooth, & Alex-Petersen, 2021) (Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2023). Um diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken, wurde das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) geschaffen, durch welches Familien mit geringem Einkommen finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten bekommen. Mit inbegriffen ist unter anderem auch die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in der Schule (Mittagessen für die Hamburger Schulen, 2023). In Hamburg wurden bereits einige Maßnahmen in Angriff genommen, um die Inanspruchnahme des BuT zu erhöhen (Boeddinghaus, Tietjen, & Hamburg, 2024).

Dennoch stellt sich die Frage, wie sozialbenachteiligte Familien nachhaltig erreicht und in gesundheitsförderliche Strukturen integriert werden können. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit diesem Thema am Beispiel der Mittagsverpflegung in Hamburger Schulen und geht dabei den folgenden Teilfragestellungen nach:

1. Welche Kommunikationskanäle werden von Erziehungs- und Sorgeberechtigten bevorzugt, um Informationen zur Mittagsverpflegung zu erhalten?
2. Welche Herausforderungen bestehen bei der Vermittlung von Informationen zur Mittagsverpflegung an Erziehungs- und Sorgeberechtigte?
3. Warum nehmen leistungsberechtigte Erziehungs- und Sorgeberechtigte die Unterstützungsleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung nicht in Anspruch?

Die Untersuchung dieser Fragestellungen soll dazu beitragen, durch gezielte Kommunikationsstrategien sozialbenachteiligte Familien besser zu erreichen. Dadurch sollen Informationslücken geschlossen, Hürden abgebaut und so die Inanspruchnahme der Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in Schulen erhöht werden. Durch eine gesteigerte Inanspruchnahme der Kostenübernahme soll gleichzeitig die Teilnahme der Schüler:innen an der Mittagsverpflegung erhöht werden. Im Fokus stehen dabei vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, welche durchschnittlich häufiger von Ernährungsarmut und damit verbundenen ernährungsbedingten Erkrankungen betroffen sind. Ziel ist es, deren Ernährungsumgebung und -verhalten durch die Teilnahme an der Mittagsverpflegung sowohl kurz- als auch langfristig gesundheitsförderlich zu prägen.

Diese Arbeit wird in Anlehnung an das deutschlandweite IN FORM-Projekt „#MealMessageMensa“ erstellt. Dessen Ziel ist die „Erstellung eines digitalen Kommunikationsleitfadens, der Schulen unterstützt, eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Verpflegung zu fördern.“ (Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V., 2025). Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Kommunikation mit den Erziehungs- und Sorgeberechtigten, da diese für die Bezahlung der Mittagsverpflegung verantwortlich sind. Sie haben maßgeblich einen Einfluss, ob die Kinder am schulischen Mittagessen teilnehmen können oder nicht.

Die zugrundeliegenden Fragestellungen werden mit Hilfe einer empirischen Umfrage untersucht. Dazu wird im Folgenden zunächst der theoretische Hintergrund beleuchtet, aus welchem die Forschungsfrage wie auch Teilfragen abgeleitet werden. Darauf aufbauend folgt die Beschreibung der Methodik der empirischen Erhebung sowie die Darstellung und Diskussion der daraus gewonnenen Ergebnisse. Abschließend werden mögliche Handlungsempfehlungen formuliert und ein Ausblick gegeben.

2 Theoretischer Hintergrund

2.1 Gesundheits- und Ernährungsstatus von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Laut der KiGGS Welle 2 von 2014 bis 2017, sind rund 9,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter von 3 bis 17 Jahren von Übergewicht und 5,9 Prozent von Adipositas betroffen. Als Folge davon können sich Erkrankungen wie Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes, Gelenkprobleme oder Depressionen entwickeln. Aufgrund dieser Ergebnisse ist es das Ziel des Bundesgesundheitsministeriums, Gesundheitsförderung und die Prävention von Übergewicht und Adipositas so früh wie möglich in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen zu etablieren (Förderschwerpunkt Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen, 2024).

2.2 Bedeutung der Schulverpflegung

Schulen erreichen viele Kinder und Jugendliche und sind somit ein zentraler Ort für Gesundheitsförderung und Prävention. Es ist wichtig, dass alle Schüler:innen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Zugang zu einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Verpflegung haben (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., 2022). Eine gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind entscheidend für die Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen. Eine ausgewogene Schulverpflegung kann somit zur körperlichen und geistigen Entwicklung der Schüler:innen beitragen und kann helfen, Krankheiten wie Übergewicht und Diabetes Typ 2 vorzubeugen. Mit dem Ausbau des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung (BMBFSFJ, 2025) kommt der Schulverpflegung zudem eine immer wichtigere Rolle mit Blick auf die Gesundheitsförderung zu (Arens-Azevedo, 2021). Der Qualitätsstandard für die Schulverpflegung beinhaltet Kriterien zur Gestaltung der Schulverpflegung und fokussiert sich auf die Aspekte der Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche zu verbessern und ihnen so den Zugang zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung zu vereinfachen (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., 2022). Gleichzeitig prägt die Schulverpflegung auch auf lange Sicht gesundheitsrelevante Lebensgewohnheiten der Schüler:innen, wodurch gleichzeitig auch Eltern und weitere Familienmitglieder erreicht werden (Koletzko, 2011).

Laut der Ernährungsstudie als KiGGS-Modul II (EsKiMo II) des Robert-Koch-Instituts (RKI) könnten 84 Prozent der Kinder und 89 Prozent der Jugendlichen (insgesamt mehr als neun Millionen Schüler:innen) in Deutschland eine warme Mittagsmahlzeit in der Schule zu sich nehmen. Tatsächlich in Anspruch genommen wird dies allerdings nur von insgesamt 43,2 Prozent der Schüler:innen. Erkennbare Unterschiede sind dabei unter anderem im Alter sowie dem sozioökonomischen Status (in englisch: socioeconomic status, SES) zu erkennen (*siehe Tabelle 1*). 56,4 Prozent der Kinder (6-

11 Jahre) und 32 Prozent der Jugendlichen (12-17 Jahre) nehmen an etwa ein bis zwei Tagen pro Woche an der warmen Mittagsverpflegung in der Schule teil.

Auch im sozioökonomischen Status können Unterschiede der Inanspruchnahme erkannt werden (siehe Tabelle 1). 52,1 Prozent der Schüler:innen aus Familien mit einem hohen sozioökonomischen Status nehmen die warme Mittagsverpflegung in Anspruch. Bei Schüler:innen aus Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status sind es 38,5 Prozent was einen Unterschied von etwa 14 Prozent aufzeigt (Mensink, et al., 2020).

Im Vergleich: 43,6 Prozent der 6–11-Jährigen und 68 Prozent der 12–17-Jährigen nutzen das Angebot der warmen Mittagsverpflegung nie. Als Gründe für die Nichtteilnahme wurden meist genannt, dass die warme Mahlzeit zu Hause gegessen wird, Unterricht nur vormittags stattfindet oder der Geschmack des Essens nicht zufriedenstellend sei. Aber auch Rahmenbedingungen wie der Preis des Essens waren ein entscheidender Faktor (Mensink, et al., 2020).

Tabelle 1 Möglichkeit und Nutzung einer warmen Mittagsverpflegung in der Schule nach Geschlecht, Altersgruppe, Schultyp, Wohnregion, SES

	Möglichkeit zur Teilnahme		Nutzung bei vorhandenem Angebot		Nutzung mindestens dreimal pro Woche*	
	n = 2.492		n = 2.226		n = 2.393	
	%	[95%-KI]	%	[95%-KI]	%	[95%-KI]
Gesamt	86,6	[83,9-89,3]	43,2	[39,9-46,6]	25,2	[22,9-27,4]
Geschlecht						
Mädchen	86,0	[82,5-89,4]	44,4	[40,2-48,6]	24,3	[21,2-27,5]
Jungen	87,1	[83,8-90,5]	42,2	[37,8-46,6]	25,9	[22,7-29,1]
Alter						
6-11 Jahre	84,4	[80,3-88,6]	56,4	[51,8-61,1]	38,6	[34,8-42,4]
12-17 Jahre	88,5	[85,5-91,5]	32,0	[27,8-36,1]	13,1	[10,9-15,3]
Schultyp						
Grundschule	83,0	[78,3-87,8]	56,7	[51,3-62,0]	40,0	[35,5-44,5]
Haupt-, Real-, Gesamtschule	86,7	[82,5-91,0]	26,9	[22,0-31,8]	11,5	[8,6-14,4]
Gymnasium/Fachoberschule	92,6	[89,3-95,9]	37,9	[33,0-42,9]	15,1	[12,0-18,3]
weitere	86,0	[76,5-95,5]	61,2	[47,0-75,4]	33,6	[21,3-45,8]
Wohnregion						
alte Bundesländer	84,7	[81,6-87,8]	40,1	[36,2-43,9]	20,4	[17,9-23,0]
neue Bundesländer (inkl. Berlin)	95,7	[92,2-99,2]	56,8	[52,2-61,4]	48,2	[43,9-52,4]
Sozioökonomischer Status						
niedrig	82,8	[76,4-89,1]	38,5	[30,0-47,1]	21,3	[14,8-27,8]
mittel	86,4	[83,3-89,5]	41,7	[37,7-45,6]	24,1	[21,3-26,9]
hoch	90,5	[86,8-94,2]	52,1	[46,6-57,7]	31,9	[27,6-36,2]

Modifiziert nach Heide et. al (2019) [52]

* Prozent bezogen auf Gesamtgruppe; KI = Konfidenzintervall

(Mensink, et al., 2020)

2.3 Verhältnisprävention

Im Gutachten des WBAE von 2020 wird aufgezeigt, dass die bisherigen Rahmenbedingungen in Deutschland die Verantwortung für eine nachhaltige Ernährung zu sehr auf die Einzelperson abschieben. Die Politik sollte nun am Zuge sein, faire Ernährungsumgebungen zu schaffen. Das WBAE sieht hier vor allem eine qualitativ hochwertige und beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung, eine verpflichtende Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und ein Bundesinvestitionsprogramm für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kita- und Schulverpflegung als wichtige Ansatzpunkte (WBAE, 2020).

Die Ernährungsumgebung hat gegenüber der individuellen Handlungskontrolle einen größeren Einfluss als oft angenommen. Der Fokus liege häufig nur auf der letzten Phase des Verhaltensprozesses, dem Konsum, sowie auf den einzelnen Essensentscheidungen. Dies führe sowohl bei Verbraucher:innen als auch bei politischen Entscheidungsträger:innen häufig zu der Falschannahme, dass nachhaltigere und gesündere Essensentscheidungen eine individuelle Entscheidung seien, welche hauptsächlich an der Ausprägung der Motivation und Selbstregulation hängen (WBAE, 2020).

2.4 Präventionsdilemma

Die zentrale Herausforderung der Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Familien kann durch das Konzept des Präventionsdilemmas beschrieben werden. Dieser Begriff bezieht sich unter anderem auf die empirisch variierende Inanspruchnahme präventiver und gesundheitsfördernder Angebote durch benachteiligte, unterprivilegierte oder vulnerable Gruppen. Es lassen sich zahlreiche Korrelationen nachweisen, die darauf hindeuten, dass sich das Nutzungsverhalten solcher Familien im Vergleich zu anderen signifikant unterscheidet (Sahrai & Bittlingmayer, 2024).

Studienlagen

Ergebnisse der Versorgungsforschung zeigen, dass vor allem diejenigen aus der Bevölkerung, welche sowieso schon einen gesunden Lebensstil und ein geringeres Krankheitsrisiko mit sich bringen, die verfügbaren Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung in Anspruch nehmen. Menschen, welche sozioökonomisch eher benachteiligt sind, nehmen diese Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung seltener in Anspruch. Studien, welche zum Beispiel die Inanspruchnahme von Schwangeren zur Vorsorgeuntersuchung, von U1-U9-Untersuchungen, Rückenschulungen, Gewichtsreduktionen, Zahnprophylaxen und zu Krebsvorsorgeuntersuchungen untersuchten, konnten ein solches Präventionsdilemma aufzeigen (Janssen, Swart, & von Lengerke, 2014).

Ebenso eine relevante Datengrundlage bietet hierzu das RKI mit repräsentativen Erhebungen aus dem Jahr 2008. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Familien mit Migrationshintergrund sowie sozial schwache Familien seltener an kinderärztlichen Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen als der Durchschnitt (Sahrai & Bittlingmayer, 2024).

Handlungsbedarf

Im Kontext des Präventionsdilemmas zeigen Forschungsergebnisse, dass sozial benachteiligte Gruppen häufiger unter einer schlechteren Gesundheit sowie erhöhten Entwicklungsrisiken bei Kindern, erhöhten Erkrankungsraten und einer verkürzten Lebenserwartung leiden. Dies impliziert wiederum einen objektiv größeren Bedarf an Präventionsmaßnahmen, Gesundheitsförderung und psychosozialer Unterstützung (Sahrai & Bittlingmayer, 2024).

Typischerweise wird argumentiert, dass gerade diejenigen, welche diese Angebote zur Förderung der kindlichen Entwicklung und zur langfristigen Erhaltung ihrer Gesundheit am dringendsten benötigen, diese besonders selten in Anspruch nehmen. Besonders aus familienbezogener Sicht ist dies ein wichtiger Aspekt, da frühzeitige psychosoziale Unterstützung, Gesundheitsförderung und Primärprävention in der frühen Kindheit nachweislich positive Auswirkungen auf den gesamten weiteren Lebensverlauf haben (Smith, 2008).

Zusammenspiel von Verhaltens- und Verhältnisprävention

Zu beobachten ist, dass das Konzept des Präventionsdilemmas häufig im Zusammenhang mit verhaltensbezogenen und lebensstilabhängigen Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen diskutiert wird. Dabei sollte das gesundheitliche Verhalten allerdings nicht isoliert betrachtet werden, da es unter anderem auch von allgemeinen Handlungsspielräumen, der sozialen Lage, den Arbeitsbedingungen und erlebter Diskriminierung beeinflusst wird. Eine rein verhaltensorientierte Perspektive ist somit nicht ausreichend, um die gesundheitliche Entwicklung und das Wohl von Kindern aus sozial benachteiligten Familien nachhaltig zu verbessern (Sahrai & Bittlingmayer, 2024).

2.5 Ernährungsarmut in Deutschland

Armut in Deutschland

Die Armutsquote in Deutschland lag laut dem Paritätischen Gesamtverband im Jahr 2022 bei 16,8 Prozent, das sind 14,2 Millionen Menschen. In Hamburg hat die Armutsquote innerhalb eines Jahres von 2021 auf 2022 um 11 Prozent zugenommen. Nach Zahlen von Statistik Nord aus den Jahren 2022 und 2023 bezogen etwa 242.800 der Hamburger Bürger:innen Sozialleistungen (Statistik Nord, 2023). Im Verhältnis zu der Hamburger Gesamtbevölkerung 2023 von 1,85 Millionen Einwohner:innen (Statistik Nord, 2024) entspricht dies etwa 13,1 Prozent. Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene sind dabei überdurchschnittlich oft betroffen. Ebenso sind auch Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern, Erwerbslose und Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss oder Migrationshintergrund stärker von Armut betroffen (Pieper & Schneider, 2024). Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss haben, lag die Armutsgefährdungsquote 2022 bei 37,6 Prozent. Im Gegensatz dazu lag die

Armutsgefährdungsquote bei Kindern und Jugendlichen von Eltern mit hohem Bildungsabschluss bei 6,7 Prozent (Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023).

Ernährungsarmut und dessen Auswirkungen

Ernährungsarmut ist laut Stellungnahme des WBAE ein Problem in Deutschland, welches häufig unbeachtet bleibt. Sie kann in materielle und soziale Ernährungsarmut unterschieden werden. Materielle Ernährungsarmut beschreibt dabei das Fehlen finanzieller Mittel, um sich gesundheitsförderlich zu ernähren (WBAE, 2023). Davon betroffen waren 2019-2021 laut FAO etwa 3,5 Prozent der Menschen in Deutschland (FAO, IFAD, UNICEF, WFP, & WHO, 2022).

Die soziale Ernährungsarmut geht häufig mit der materiellen Ernährungsarmut einher und beschreibt Menschen, welche von sozialer Teilhabe im Zusammenhang mit Ernährung ausgeschlossen werden. Die soziale Teilhabe hat Auswirkungen auf die psychische Gesundheit, das Wohlbefinden und die soziale Zugehörigkeit. Diese wirken sich wiederum auch auf die körperliche Gesundheit aus. Laut WBAE sollte daher das Zusammenspiel materieller und sozialer Ernährungsarmut betrachtet werden, da beide Aspekte sich gegenseitig verstärken können (WBAE, 2023).

Die Armutsspirale

Die Zahl der Menschen mit armutsbedingten Mangelernährungen (darunter auch Übergewicht und Adipositas) nimmt nach wissenschaftlichen Erkenntnissen immer weiter zu (Freitag-Ziegler, 2023). Eine Armutsspirale kann sich entwickeln. Das heißt, aufgrund der Armut wird zu preiswerteren, energiedichteren und nährstoffärmeren Lebensmitteln gegriffen. Für Kinder aus armutsbetroffenen Familien steigt das Risiko einer Nährstoffunterversorgung, wodurch die körperliche und kognitive Entwicklung eingeschränkt sein kann. Die daraus resultierenden niedrigeren Bildungschancen der Kinder führen für diese wiederum zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von einem späteren Leben in Armut (Freitag-Ziegler, 2023).

Aspekte wie die soziale und kulturelle Teilhabe, darunter auch das gemeinsame Essen, eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung oder der Aufbau von Ernährungskompetenzen rücken immer mehr in den Fokus. Vor allem die kostenlose Kita- und Schulverpflegung würde sowohl auf gesundheitlicher als auch auf sozialer Ebene eine Chancengleichheit für alle Schüler:innen sicherstellen (Freitag-Ziegler, 2023). In Schweden wurde durch eine empirische Langzeitstudie die Wirksamkeit einer kostenlosen Mittagsverpflegung belegt. Positive Effekte zeigten sich unter anderem hinsichtlich des Lebensinkommens, Bildungsniveaus und Gesundheitsstatus (Lundborg, Rooth, & Alex-Petersen, 2021).

Die DGE und der WBAE fordern vor diesem Hintergrund dem Thema Ernährungsarmut mehr Aufmerksamkeit zu schenken und allen Menschen einen Zugang zu einer gesundheitsförderlichen Ernährung zu bieten. Eine ausschlaggebende Maßnahme wäre dabei die verpflichtende Einhaltung der DGE-Standards in der Gemeinschaftsverpflegung (Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2023).

„Insbesondere im Kindesalter ermöglicht eine hochwertige, kostenfreie Kita- und Schulverpflegung soziale Teilhabe, verbessert die Gesundheit aller und vermeidet Stigmatisierung und Diskriminierung.“ (Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2023)

2.6 Das Bildungs- und Teilhabepaket

Das Bildungs- und Teilhabepaket wurde 2011 in Deutschland mit dem Ziel eingeführt, Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringfügigem Einkommen, finanziell zu unterstützen. Inbegriffen sind Leistungen von Bildungs- und Förderangeboten sowie Angebote zur Teilnahme am schulischen, sozialen und kulturellen Leben. Neben der Bezuschussung von Ausflügen, Schulbedarf, Schulbeförderung, Lernförderung oder von Mitgliedsbeiträgen für Musikunterricht und Sportvereinen, ist auch die Mittagsverpflegung in dem BuT mit inbegriffen (Henkel & Haumann, 2012).

Über 16 Millionen Mittagessen werden jedes Jahr in den Hamburger Schulen ausgegeben. Dabei können Kinder, deren Eltern Sozialleistungen beziehen, ihr Essen über das Bildungs- und Teilhabepaket kostenfrei erhalten. Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern oder geringem Einkommen profitieren von der Hamburger Sozialstaffel. Dadurch wird mehr als die Hälfte der Mahlzeiten entweder vollständig kostenfrei oder zu einem vergünstigten Preis ausgegeben (Mittagessen für die Hamburger Schulen, 2023).

Wer hat Anspruch auf das BuT?

Anspruch haben Familien, welche Leistungen der Grundsicherung beziehen. Unter Leistungen der Grundsicherung fallen Bezüge aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) wie Bürgergeld (SGB II), Sozialhilfe oder Grundsicherungsleistungen (SGB XII) oder Bezüge aus dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Werden keine dieser Sozialleistungen bezogen, können Eltern mit einem geringen Einkommen je nach Bedarfsberechnung auch voll- oder teilumfängliche Zuschüsse aus dem BuT erhalten (Kultur, Musik, Sport, Freizeiten und Ausrüstung ("Soziokulturelle Teilhabe"), 2025).

Der Zuschuss aus dem BuT für die soziokulturelle Teilhabe kann für Kinder und Jugendliche bis maximal 18 Jahre beantragt werden (Kultur, Musik, Sport, Freizeiten und Ausrüstung ("Soziokulturelle Teilhabe"), 2025). Die Übernahme der Kosten der Mittagsverpflegung kann darüber hinaus für Kinder und Jugendliche bis zu 25 Jahre beantragt werden, sofern sie eine allgemein- oder berufsbildende Schule oder Vorschulklasse besuchen und keine Ausbildungsvergütung bekommen (Mittagsverpflegung, 2025).

Die Bundesagentur für Arbeit hat in der Statistik „Bildung und Teilhabe (Jahreszahlen)“ den festgestellten Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe unter anderem nach Jahreszahlen, Leistungsarten und Bundesländern tabellarisch dargestellt. Die aufgeführten Zahlen beziehen sich dabei lediglich auf Daten von Leistungsberechtigten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II).

Zusätzlich unterliegen diese Daten limitierenden Faktoren, welche bei der Interpretation der Zahlen zu beachten sind (Bundesagentur für Arbeit, 2025). Dies sind unter anderem:

- Der vorrangige Anspruch von Leistungen anderer Leistungsträger. Lediglich bei fehlendem Anspruch dieser, können Leistungen nach dem SGB II bezogen werden (Bundesagentur für Arbeit, 2025).
- Der Bestand an Leistungsberechtigten unter 25 Jahren im SGB II sei mit der Gruppe der potenziell Anspruchsberechtigten nach dem SGB II nicht im regionalen Vergleich gleichzusetzen. Gründe sind regional unterschiedliche Rahmenbedingungen wie eine vorrangige Übernahme von Leistungen durch andere Stellen. In einigen Regionen können Leistungsrechte im SGB II bestimmte Leistungsarten daher nur in Ausnahmefällen gewährt bekommen (Bundesagentur für Arbeit, 2025).

Dennoch lassen sich Tendenzen aus den Daten erkennen und innerhalb einer Region (hier Hamburg) vergleichen. Zu erkennen ist in *Tabelle 2* die Anwesenheitsgesamtheit der Leistungsberechtigten unter 25 Jahren in Hamburg von 97.866 Personen, davon 50.636 Personen mit Anspruch auf mindestens eine Leistung aus dem BuT. In 32.615 Fällen besteht dabei Anspruch auf die Leistungsart Mittagsverpflegung. *Tabelle 3* zeigt zusätzlich, wie sich die Anzahl an Leistungsberechtigten zur Mittagsverpflegung von 2020 (27.026 Personen) bis 2024 (32.615 Personen) leicht gesteigert hat. Zwischen der Anzahl an Leistungsberechtigten mit Anspruch auf mindestens eine der Leistungen aus dem BuT von 50.636 Personen zu speziell der Leistungsart Mittagsverpflegung mit 32.615 Leistungsberechtigten besteht eine Diskrepanz von 18.021 Personen in Hamburg, welche keinen Anspruch auf die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung zu haben scheinen (Bundesagentur für Arbeit, 2025).

Tabelle 2 Leistungsberechtigte (LB) mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe - Zeitreihe Jahresanwesenheitsgesamtheit (Hamburg)

Bundesagentur für Arbeit Statistik		Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)								
2. Leistungsberechtigte (LB) mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Altersgruppen - Jahresanwesenheitsgesamtheit zurück zum Inhalt										
Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise										
Jahresanwesenheitsgesamtheit 2024 Insgesamt										
Hinweis: Die grau hinterlegten Bundes- und Länderwerte beruhen ausschließlich auf Daten der plausiblen Kreise (siehe methodische Hinweise). Sie werden nicht hochgerechnet und können daher unterzeichnet sein.										
Regionen	Anwesenheits- gesamtheit Leistungsberechtigte (LB) im Alter von unter 25 Jahren	darunter		darunter (Mehrfachnennungen möglich)						
		Anspruch auf mindestens eine Leistung zu Bildung und Teilhabe	Leistungsart eintägige Schulausflüge	Leistungsart mehrtägige Klassenfahrten	Leistungsart Schulbedarf	Leistungsart Schülerbeförderung	Leistungsart Lernförderung	Leistungsart Mittagsverpfle- gung	Leistungsart Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Deutschland	2.946.190	1.647.480	245.721	281.614	1.285.626	60.329	219.172	778.422	334.452	
Westdeutschland	2.321.215	1.285.487	177.003	231.636	1.026.476	46.974	101.253	574.756	282.784	
Ostdeutschland	631.929	363.595	68.768	50.004	260.002	13.363	118.012	204.113	51.759	
Schleswig-Holstein	109.441	70.791	14.791	13.454	48.348	3.804	2.678	48.819	45.997	
Hamburg	97.866	50.636	1.868	12.757	44.779	-	11.814	32.615	4.899	
Niedersachsen	295.440	164.713	27.777	39.367	132.306	1.681	24.581	73.031	32.673	
Bremen	52.378	25.563	3.060	1.249	23.260	478	172	4.086	3.803	

(Bundesagentur für Arbeit, 2025)

Tabelle 3 Leistungsberechtigte (LB) mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe - Zeitreihe Jahresanwesenheitsgesamtheit (Jahresvergleich) (Hamburg)

[zurück zum Inhalt](#)

**Leistungsberechtigte (LB) mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe -
Zeitreihe Jahresanwesenheitsgesamtheit**

Insgesamt

Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise
Zeitreihe Jahresanwesenheitsgesamtheit

Leistungsart Mittagsverpflegung

Die Anzahl der unplausiblen Kreise für die Leistungsarten der einzelnen Jahre sind in den [Inhaltlichen Hinweisen](#) hinterlegt.

Hinweis: Die grau hinterlegten Bundes- und Länderwerte beruhen ausschließlich auf Daten der plausiblen Kreise (siehe methodische Hinweise). Sie werden nicht hochgerechnet und können daher unterzeichnet sein.

Regionen	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland	623.101	664.067	670.477	695.729	694.354	675.597	760.757	793.346	778.422
Westdeutschland	380.933	422.934	442.744	464.787	488.596	478.935	551.524	583.496	574.756
Ostdeutschland	242.541	241.469	228.017	231.319	206.186	197.081	209.737	210.328	204.113
Schleswig-Holstein	29.936	34.570	35.301	38.299	41.359	40.362	46.239	50.123	48.819
Hamburg	-	-	-	-	27.026	25.476	28.294	32.598	32.615
Niedersachsen	42.309	44.565	48.303	51.975	54.467	54.966	70.666	77.023	73.031
Bremen	2.306	2.370	2.382	3.313	3.784	4.158	4.559	4.629	4.086

(Bundesagentur für Arbeit, 2025)

Beantragung der Kostenübernahme der Mittagsverpflegung

Verantwortlich für die genaue Umsetzung sind die einzelnen Länder und Kommunen, wodurch es bei der Beantragung, Bewilligung und Gewährung unterschiedliche Verfahren in ganz Deutschland geben kann (Henkel & Haumann, 2012). In Hamburg ist das Bezirksamt Eimsbüttel für alle Anträge zu Leistungen der soziokulturellen Teilhabe verantwortlich (Kultur, Musik, Sport, Freizeiten und Ausrüstung ("Soziokulturelle Teilhabe"), 2025). Für die Beantragung einer Übernahme der Kosten der Mittagsverpflegung muss das Kind bei der jeweiligen Schule verbindlich für das Mittagessen angemeldet werden und zudem muss ein Nachweis der Leistungsberechtigung (Bewilligungsbescheid oder Kurzbescheid) im Schulbüro vorgelegt werden (Mittagsverpflegung, 2025).

Bisherige Maßnahmen zur Steigerung der Inanspruchnahme von BuT

Der Hamburger Senat hat laut eigener Aussage bereits folgende Maßnahmen unternommen, um die Inanspruchnahme des BuT zu erleichtern:

Maßnahmen zur Vereinfachung der Antragstellung

Es wurden Bürokratien und Hürden bei der Antragstellung von BuT-Leistungen abgebaut. Dazu zählen die Überarbeitung vielgenutzter Internetplattformen zur Anwenderfreundlichkeit, die Überarbeitung der Antragsformulare und die Übersetzung der Informationsflyer in ausländische Sprachen wie Englisch, Arabisch, Farsi, Russisch, Ukrainisch und Türkisch

Maßnahmen zur Informierung von Organisationen über BuT

Es wurden unter anderem Schulen, Kitas und Horte sowie Leistungsanbieter durch Schulbriefe, das Intranet und Schulveranstaltungen informiert. Zudem wurden BuT-Flyer an Schulen, Kitas und Horte verteilt.

Maßnahmen, um Familien über die Leistungen des BuT zu informieren

- a. Sozialleistungsdienststellen informieren Leistungsberechtigte nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG
- b. Versand von Informationsschreiben von der Sozialbehörde an potenzielle Leistungsberechtigte aller Rechtskreise
- c. Beifügung von Informationsschreiben zu BuT bei Bewilligung eines Neuantrags von Wohngeld
- d. Beifügung einer Bescheinigung für den Bezug von BuT bei der Bewilligung von Leistungen nach dem Wohngeldgesetz für Haushalte mit Kindern
- e. Verteilung von BuT-Flyer von Schule an Schüler:innen der 1.-5. Klasse zum Schulbeginn
- f. Versendung von BuT-Flyer an Dienststellen und Institutionen (z.B. Fördern&Wohnen AöR, Sportvereine, Dienststellen für Grundsicherung und Soziales, Jobcenter)

(Boeddinghaus, Tietjen, & Hamburg, 2024)

2.7 Kommunikationsstrategien

Studien zu Kommunikationsstrategien oder der Wirksamkeit bestimmter Kommunikationswege zum Thema Ernährung bzw. zur Schulverpflegung gibt es kaum.

Ein Interview des Deutschen Schulportals mit Norman Heise, dem Sprecher des Landeselternausschusses Berlin und Ländervertreter aus dem Bundeselternrat, gibt einen Einblick in die Kommunikation zwischen Lehrkräften und Eltern (Heise, 2024).

Eine gute Kommunikation zwischen Lehrkräften und Eltern scheint nicht selten eine große Herausforderung zu sein. Die Gründe dafür seien verschieden und gehen von einer Kommunikation, die nicht auf Augenhöhe verläuft, bis zu fehlender Erreichbarkeit. Zum einen seien die Lehrkräfte nicht immer erreichbar und zum anderen scheinen auch die Eltern oft nicht auf Mitteilungen aus Hausaufgabenheften, „Ranzenpost“ oder E-Mails zu reagieren. Die Kommunikationsmöglichkeiten allerdings seien während der Corona-Pandemie erweitert worden, sodass unter anderem zum Beispiel Elternabende digital stattfanden. Diese Erweiterung wurde auch nach der Pandemie zu Teilen weiter beibehalten. Die Kommunikation mit den Eltern sei von entscheidender Bedeutung, denn zum einen sollten Eltern sich in schulischen Angelegenheiten einbringen und aktiv an der Kommunikation mit den Lehrkräften teilnehmen. Zum anderen besteht durch das Schulgesetz eine Informationspflicht der Schule gegenüber den Eltern (Heise, 2024).

Ein weiteres Interview des Deutschen Schulportals mit einer Schulleiterin eines Gymnasiums aus Schleswig-Holstein und einer Mutter zweier Hamburger Schulkinder geht weiter auf die digitale Elternkommunikation ein (Yassine & Lehmann, 2024).

Dass digitale Medien seit der Corona-Pandemie immer selbstverständlicher auch zur Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften genutzt werden, habe viele Vorteile. Die Informationsvermittlung über Papier bzw. als „Ranzenpost“ gäbe es kaum noch. Digitale Tools würden die Kommunikation insgesamt zuverlässiger und schneller machen und auch mögliche sprachliche Hindernisse vereinfachen (Yassine & Lehmann, 2024).

Ernährung als persönliches Thema

Für den Großteil der Menschen ist das Thema Ernährung eine persönliche Angelegenheit. Gleichzeitig besteht in der Gesellschaft eine polarisierte Stimmung bezüglich jeglicher Themen rund um die Ernährung und den Einfluss von außen auf persönliche Entscheidungen. Es stellt sich die Frage woher die Menschen ihre Informationen nehmen und welchen Quellen dabei Vertrauen geschenkt wird (Melches & Gagné, 2025).

Informationsquellen möglichst alltagsnah

Nicht groß überraschend ist, dass an der Spitze, der am häufigsten genutzten Quellen zur Informationsbeschaffung bezüglich Themen der Ernährung mit 55 Prozent das persönliche Umfeld liegt. Dahinter folgt mit 36 Prozent das digitale Umfeld, heißt soziale Medien wie z.B. Posts, Foodblogs oder Influencer. Mit Abstand am wenigsten werden formelle Informationsquellen wie Fachpublikationen oder Informationskampagnen genutzt. Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass Informationsquellen, welche am nächsten an dem Alltagskonsum der Menschen liegen, den größten Einfluss und Effekt auf das Ernährungsverhalten der Menschen haben können (Melches & Gagné, 2025).

Auch bezüglich der Vertrauenswürdigkeit der Ernährungsinformationen liegt das persönliche Umfeld mit 84 Prozent vorne. Und trotz der geringen Nutzung formeller Informationsquellen, gelten Expert:innen aus den Bereichen der Medizin, Wissenschaft, Landwirtschaft und aus Verbraucherverbänden dennoch mehrheitlich als vertrauenswürdig. Die geringste Vertrauenswürdigkeit wird Influencer:innen und Politiker:innen zugesprochen (Melches & Gagné, 2025).

Mehrsprachigkeit

Neben der Frage, woher die Informationen bezogen werden, ist auch relevant wie verständlich diese dann sind. Die Sprache ist hierbei ein relevantes Thema. Schulen sind durch Migration und Transnationalisierung inzwischen weitgehend ein multilingualer Ort, an welchem monolinguale Kommunikationswege zwischen der Schule und den Eltern sich als unvorteilhaft zeigen (Gogolin, 2008).

3 Fragestellungen

Aus dem theoretischen Hintergrund geht hervor, dass laut Studienlage zum Gesundheits- und Ernährungsstatus von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, eine ausgewogene Ernährung maßgebend zur Förderung der körperlichen und geistigen Entwicklung beiträgt (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., 2022). Gleichzeitig sind es insbesondere Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien, die einem erhöhten Risiko für Übergewicht, Adipositas und den damit verbundenen Folgeerkrankungen wie Diabetes Typ 2 oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen ausgesetzt sind (Sahrai & Bittlingmayer, 2024).

Die Schule ist dabei ein zentraler Ort, um frühzeitig präventive Maßnahmen ergreifen zu können und gesundheitsförderliche Ernährungsgewohnheiten zu etablieren (Koletzko, 2011). Voraussetzung dafür ist allerdings auch die Inanspruchnahme der Schüler:innen an der Mittagsverpflegung in der Schule. Die EsKiMo II Studie des RKI hat aufgezeigt, dass mehr als die Hälfte (etwa 68 Prozent) der Kinder und Jugendlichen das Angebot der warmen Mittagsverpflegung in der Schule nicht in Anspruch nehmen. Einer der aufgeführten Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme war unter anderem der Preis für das Essen (Mensink, et al., 2020).

Dem zugrundeliegend kommt der vergünstigten beziehungsweise kostenfreien Mittagsverpflegung für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen durch das Bildungs- und Teilhabepaket eine bedeutende Rolle zu – sowohl bezüglich der Gesundheitsförderung als auch der sozialen Teilhabe (Freitag-Ziegler, 2023) (WBAE, 2023). Das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht es Kindern aus einkommensschwachen Familien an der Mittagsverpflegung in der Schule teilzunehmen (Mittagessen für die Hamburger Schulen, 2023).

Die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung durch das BuT wird allerdings nicht von allen Leistungsberechtigten beantragt (Mensink, et al., 2020). Es stellt sich die Frage aus welchen Gründen die Erziehungs- und Sorgeberechtigten die Kostenübernahme nicht beantragen bzw. welche Hürden bei der Beantragung bestehen. Zu prüfen ist auch, über welche Kommunikationswege Erziehungs- und Sorgeberechtigte zum BuT bzw. zu Themen der Schulverpflegung besser informiert werden können.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Problemlage ergibt sich folgende Forschungsfrage dieser Bachelorarbeit:

Über welche Kommunikationskanäle können Erziehungs- und Sorgeberechtigte mit geringem Einkommen effektiv über die Sozialleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung an Hamburger Schulen informiert und erreicht werden?

Diese Fragestellung untersucht, durch welche geeigneten Kommunikationsstrategien Informationsdefizite abgebaut und bestehende Hürden überwunden werden können.

Zur Beantwortung dieser zentralen Fragestellung werden folgende drei Teilfragen untersucht:

1. Welche Kommunikationskanäle bevorzugen Erziehungs- und Sorgeberechtigte, um Informationen zur Mittagsverpflegung zu erhalten?

Hierdurch wird untersucht, welche digitalen und analogen Kommunikationswege von der Zielgruppe als besonders zugänglich, hilfreich und alltagsnah wahrgenommen werden.

2. Welche Herausforderungen bestehen bei der Vermittlung von Informationen zur Mittagsverpflegung an Erziehungs- und Sorgeberechtigte?

Durch diese Teilfrage wird untersucht, welche möglichen Barrieren wie etwa sprachliche Hürden, die Menge an Informationen oder die Art der Informationsvermittlung durch bestimmte Kommunikationswege bestehen.

3. Warum nehmen leistungsberechtigte Erziehungs- und Sorgeberechtigte die Unterstützungsleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung nicht in Anspruch?

Hierbei wird untersucht, welche strukturellen Hemmnisse wie etwa soziale Faktoren, bürokratische Hürden oder mangelnde Kenntnis über das Angebot zur Nicht-Inanspruchnahme führen.

Ziel der Umfrage / Forschung:

Die zugrundeliegende Hypothese dieser Arbeit lautet: Durch eine optimierte Kommunikation mit Erziehungs- und Sorgeberechtigten zur Schulverpflegung wird die Inanspruchnahme der Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung im Rahmen des BuT gesteigert. Folglich wird auch eine erhöhte Teilnahmequote der Schüler:innen aus sozialbenachteiligten Familien an der Mittagsverpflegung erwartet.

Die Umfrage zielt darauf ab, wirksame Kommunikationswege sowie bestehende Hürden zur Erreichbarkeit von Erziehungs- und Sorgeberechtigten mit Leistungsbezug zu ermitteln. Auf Basis dieser Erkenntnisse soll die Kommunikation bezüglich der Schulverpflegung – insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit eines kostenfreien Mittagessens im Rahmen des BuT – optimiert werden. Langfristig wird angestrebt, die Teilnahmequote der Schüler:innen an einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Mittagsverpflegung in der Schule zu steigern.

Die vorliegende Arbeit wird einen Ausblick auf mögliche weiterführende Maßnahmen geben, auf die konkrete Umsetzung allerdings nicht weiter eingehen.

4 Methodik

In diesem Kapitel wird das methodische Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfrage beschrieben. Dabei werden die Erstellung des Fragebogens, die Auswahl der Stichprobe, die Art und Weise der Datenerhebung sowie die Merkmale der erhobenen Daten genauer erläutert.

4.1 Forschungsmethode

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde eine Datenerhebung in Form einer Online-Umfrage durchgeführt. Die Methodik der Online-Befragung bietet gegenüber anderen Befragungsmodi wie z.B. telefonischen, persönlich-mündlichen und schriftlich-postalischen Befragungen folgende Vorteile:

zeitliche und räumliche Unabhängigkeit; kein Einsatz von Interviewern und somit keine Verzerrung durch Interviewer-Effekte oder Effekte sozialer Erwünschtheit; technische Möglichkeiten wie eine automatische Filterführung; keine Fehler bei manueller Datenerfassung; geringer Kostenaufwand bei einer hohen Teilnehmer:innenquote (Wagner & Hering, 2014); hohe Effizienz der Teilnehmer:innenquote (Döring & Bortz, 2016); Gewährleistung der Anonymität (Steiner & Benesch, 2018)

Zu bedenken ist allerdings auch ein unverkennbarer Nachteil dieser Forschungsmethode: Es wird vorausgesetzt, dass die Teilnehmer:innen einen Zugang zum Internet sowie die erforderlichen technischen Kenntnisse besitzen. Folglich wird die Stichprobe durch diese Voraussetzung eingeschränkt. Ebenso sollte beachtet werden, dass ein seriöses Auftreten, ein informatives Anschreiben und ein Reminder zur Durchführung der Online-Umfrage essenziell scheinen, um einer geringen Ausschöpfungsquote entgegenzuwirken (Wagner & Hering, 2014). Diese und weitere Limitationen werden im Kapitel 6.1 Methodendiskussion genauer beleuchtet.

4.2 Art der Datenerhebung

Die Datenerhebung wurde online in Form einer strukturierten Umfrage über Microsoft Forms durchgeführt und anschließend in eine Excel-Datei übertragen. Es konnte somit sichergestellt werden, dass die Beantwortung der Fragen anonym ist und datenschutzrechtliche Vorgaben eingehalten werden. Der Zeitraum der Datenerhebung betrug insgesamt 29 Tage (15.04.2025 – 13.05.2025).

Definition der Zielgruppe

Die Zielgruppe wurde definiert als Erziehungs- und Sorgeberechtigte (im Folgenden auch „Eltern“ genannt) mit mindestens einem Kind auf einer Grund- oder weiterführenden Schule der Stadt Hamburg. Die Zielgruppe wird im Verlauf der Umfrage unterteilt in Eltern mit und ohne den Bezug von Leistungen der Grundsicherung (im Folgenden auch verallgemeinert „Sozialleistungen“ genannt)

bzw. mit einem geringen Einkommen. Der Fokus der Auswertung liegt dabei hauptsächlich auf den Teilnehmenden, welche Sozialleistungen in Anspruch nehmen bzw. ein geringes Einkommen haben und somit einen Anspruch auf Leistungen aus dem BuT haben.

4.3 Fragebogenerstellung

Art der Fragen

Überwiegend kamen im Fragebogen geschlossene sowie Multiple Choice Fragen zum Einsatz, wodurch die Datenerhebung dem quantitativen Forschungsdesign zuzuordnen ist. Ergänzend wurden einige offene Fragen mit Freitextantworten integriert, um fehlenden Antwortmöglichkeiten entgegenzukommen und um individuelle Einschätzungen und vertiefende Antworten zu ermöglichen.

Fragenformulierung

Zur Minimierung von Verständnishürden in der Umfrage, wurden alle Fragen und Antwortmöglichkeiten in einfacher deutscher Sprache formuliert. Dabei wurden Fachbegriffe entweder vermieden oder durch allgemeinere, verständlichere Synonyme ersetzt. Auch komplizierte Satzstrukturen wurden vermieden. Ergänzend wurden alle Fragen auch in einfacher englischer Sprache angeboten, um die mögliche Zielgruppengröße zu erweitern. Die Fragenformulierung erfolgt zudem in neutraler Sprache, um Beeinflussungen und Verzerrungen zu vermeiden. Vor dem finalen Versand wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, wodurch einzelne Teilnehmende Feedback zur Verständlichkeit und Relevanz der Fragen rückmelden konnten. Das Feedback floss in die finale Korrektur des Fragebogens ein.

Fragebogenlayout

Der Fragebogen wurde thematisch gegliedert und in mehrere Abschnitte und Untergruppen unterteilt. Für die logische Abfolge der Fragen wurden Filter- bzw. Sprunglogiken eingesetzt, sodass die Teilnehmenden nur die für sie relevanten Fragen angezeigt bekamen.

Zu Beginn wurden demographische Daten der Gesamtstichprobe ($n = \text{gesamt}$) erfasst. Folgend wurde die Gruppe in zwei Untergruppen unterteilt – den Bezug und den Nicht-Bezug von Sozialleistungen bzw. eines geringen Einkommens. Die Untergruppe 1 (ohne Bezug von Sozialleistungen / geringem Einkommen) wurde über Kommunikationswege zur Schulverpflegung allgemein befragt und beendete anschließend die Umfrage. Die Untergruppe 2 (mit Bezug von Sozialleistungen / geringem Einkommen) wurde anschließend weiter unterteilt – zunächst nach Kenntnis bzw. Unkenntnis über das BuT-Angebot, anschließend nach Inanspruchnahme bzw. Nicht-Inanspruchnahme der Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung. Die folgenden Abschnitte untersuchten die genutzten und gewünschten Kommunikationswege zur Informationsvermittlung des BuT-Angebots sowie mögliche Schwierigkeiten bei der Antragstellung der Kostenübernahme. Auch die Untergruppe 2 wurde zum

Ende noch über Kommunikationswege zur allgemeinen Schulverpflegung befragt. Der gesamte Fragebogen in der Sprache Deutsch ist im Anhang zu finden (siehe *Fragebogen*).

Durch die Verwendung von Microsoft-Forms konnte die Beantwortung der Fragen sowohl auf Mobil-, als auch auf Desktopgeräten durchgeführt werden.

4.4 Ablauf der Umfrage

Vorbereitungen

In der Vorbereitung wurden die Fragen formuliert, welche relevant für die Beantwortung der Forschungsfragen sind und anschließend deren Sinnhaftigkeit überprüft. Daraufhin wurden einige Fragen aussortiert bzw. nochmal umformuliert, um die Relevanz zur Beantwortung der Fragestellung sicherzustellen und nicht relevante Fragen zu vermeiden.

Vereinzelt wurden Fragen beibehalten, welche keine direkte Relevanz zur Beantwortung der Forschungsfragen bzw. der Umsetzung entsprechender Kommunikationsstrategien haben, allerdings zukünftig noch interessant für das IN-FORM Forschungsprojekt „#MealMessageMensa“ und weitere Projekte sein könnten. Dies betrifft unter anderem Fragen zu demographischen Merkmalen.

Abschließend wurden alle Fragen auf leichte Sprache überprüft und zudem auf Englisch übersetzt.

Verbreitung

Für die Verbreitung der Umfrage wurden per Kontaktdatensuche die E-Mailadressen aller Elternräte der Hamburger Grundschulen (n = 113), der weiterführenden Schulen (n = 86) und der Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (n = 8) recherchiert. Anschließend folgte die Formulierung des Anschreibens an die Elternräte für das Mailing sowie der Versand der Umfrage per E-Mail. Der Versand erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungsmanagement sowie der Vernetzungsstelle Schulverpflegung der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG) an alle recherchierten Elternräte (n gesamt = 207). Nach einer Laufzeit von drei Wochen wurde erneut ein Mailing an alle Elternräte verschickt mit einem Reminder, dass die Umfrage eine weitere Woche geöffnet ist.

Ebenso wurden persönliche Kontakte als auch die Sozial Media Plattform Instagram genutzt, um die Umfrage weiteren Eltern zugänglich zu machen. Die Verbreitung über Instagram fand ebenfalls in Kooperation mit der HAG statt. Über den HAG-Account wurde ein Post sowie ein Story-Repост mit dem Hinweis und Aufruf zur Umfrage veröffentlicht.

4.5 Analyse der erhobenen Daten

Die erhobenen Daten wurden über Microsoft Forms in eine Excel-Datei umformatiert und diese zur statistischen Analyse an ein externes Evaluationsteam des Informations- und Forschungszentrums für Ernährungswirtschaft e.V. Kiel (ife Institut) geschickt, welches auch das IN-FORM Forschungsprojekt „#MealMessageMensa“ begleitet.

5 Ergebnisse

Die erhobenen Daten beinhalten die Umfrageergebnisse in Form einer statistischen Analyse. Die Rohdaten wurden hinsichtlich der Forschungsfragen systematisch analysiert, um aus diesen zentrale Tendenzen, Zusammenhänge sowie erkennbare Muster sichtbar zu machen. Ziel ist es, aus diesen Zahlen wesentliche Erkenntnisse abzuleiten.

5.1 Quantitative Ergebnisse

Bevor die Ergebnisse zu den drei Teilfragen genauer betrachtet werden, sind allgemeine Informationen zu der Gesamtkohorte festzuhalten: Insgesamt haben 456 Personen an der Umfrage teilgenommen ($n = 456$). Die Gesamtstichprobe wurde unterteilt in Personen ohne Sozialleistungsbezug ($n = 434$) und mit Sozialleistungsbezug ($n = 22$). Letztere entspricht dabei einem Anteil von etwa 5 Prozent an der Gesamtkohorte (siehe *Abbildung 1*).

$n = 456$

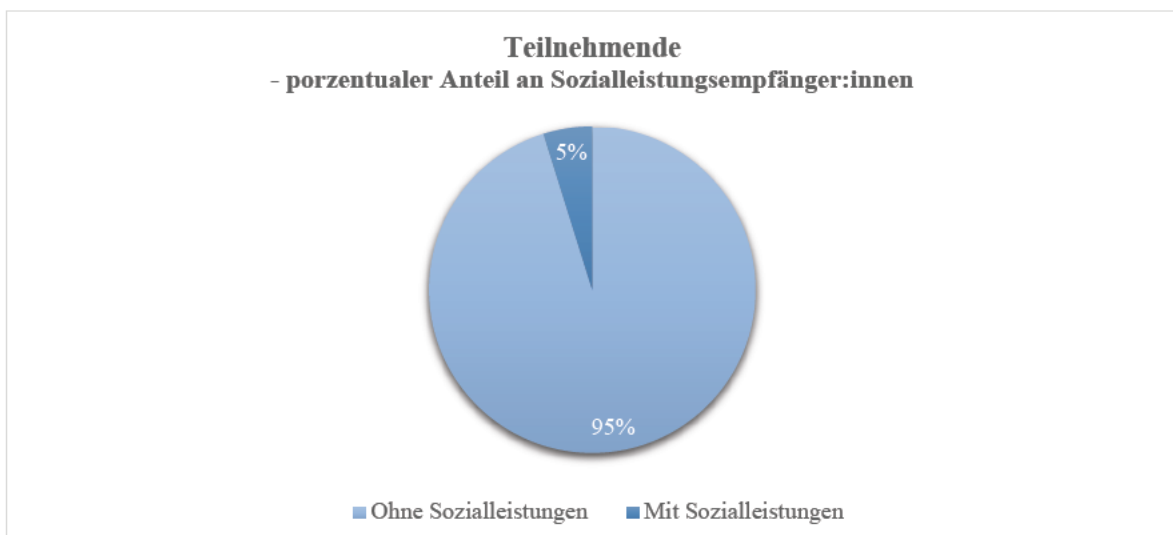


Abbildung 1 Unterteilung der Gesamtstichprobe nach Bezug / kein Bezug von Sozialleistungen

Mit Blick auf die Art der bezogenen Sozialleistungen, lässt sich festhalten, dass der Großteil der Eltern Kinderzuschlag beziehen (31 Prozent), gefolgt von Wohngeld (28 Prozent) und Bürgergeld (21 Prozent) (siehe *Abbildung 2*).

n = 22

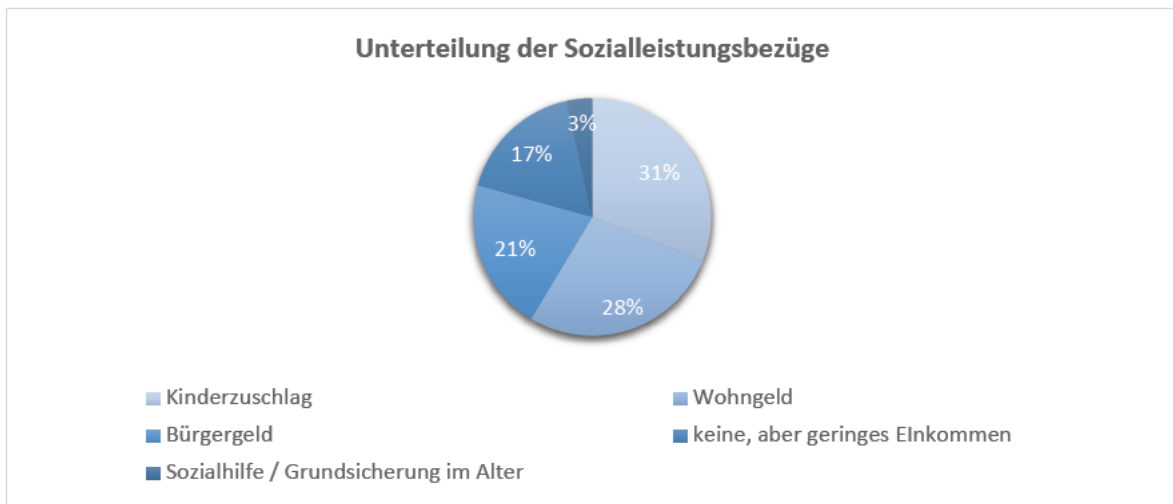


Abbildung 2 Unterteilung verschiedener Bezüge von Grundsicherung der Erziehungs- und Sorgeberechtigten

Schaut man sich die Unterteilung nach Schulformen an, ist zu erkennen, dass die meisten Teilnehmenden mindestens ein Kind auf einer weiterführenden Schule haben. Sowohl an Grund- als auch weiterführenden Schulen ist ein Unterschied von Eltern mit und ohne Sozialleistungsbezug zu erkennen, welcher sich bereits in der Gesamtkohorte widerspiegelt hat (siehe *Abbildung 3*).

n = 376

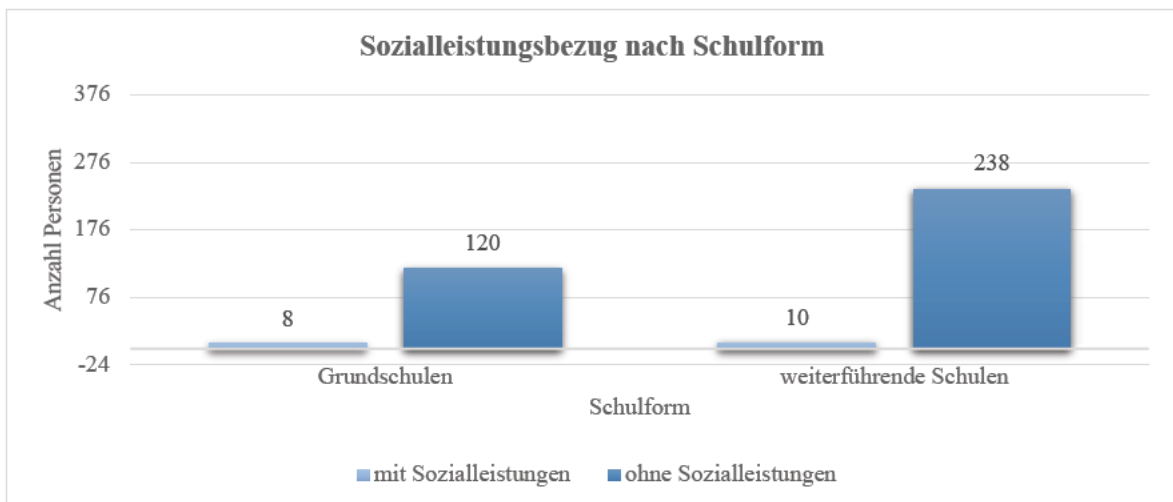


Abbildung 3 Verteilung von Sozialleistungsbeziehenden unterteilt nach Schulform

Die Umfrage wurde in deutscher und englischer Sprache angeboten. Zusätzlich konnten weitere Sprachen über den Browser ausgewählt werden, um die gesamte Website inklusive der Umfrage in weitere Sprachen automatisch übersetzen zu lassen. 96 Prozent der Teilnehmenden haben dabei die Sprache Deutsch gewählt, etwa 3,3 Prozent Englisch und jeweils unter 1 Prozent wurde die Umfrage zusätzlich in die Sprachen Spanisch, Portugiesisch und Ukrainisch übersetzt (siehe Anhang *Abbildung 15*).

Welche Kommunikationskanäle bevorzugen Erziehungs- und Sorgeberechtigte, um Informationen zur Mittagsverpflegung zu erhalten?

Betrachtet man die Kommunikationskanäle, welche sich Eltern bevorzugt wünschen, ist es sinnvoll, diese nach Schulformen zu unterscheiden, da Änderungen der Informationsverbreitung in der praktischen Umsetzung realistisch die ganze Schule betreffen und so eine differenzierte Ansprache einzelner Untergruppen nur eingeschränkt umsetzbar erscheint.

Dennoch werden sich sowohl bei Grund- als auch den weiterführenden Schulen dieselben Kommunikationskanäle gewünscht. Es unterscheiden sich lediglich die prozentualen Anteile leicht. Bei beiden Schulformen wird sich eine Kommunikation mit 20 bzw. 24 Prozent vorrangig über die Website der Schule gewünscht. An zweiter und dritter Stelle steht die Website des Caterers und der Versand per Mail. Erst an vierter Stelle folgen Elternbriefe als analoges Informationsmedium (siehe *Abbildung 4* und *Abbildung 5*).

Grundschule: n = 128

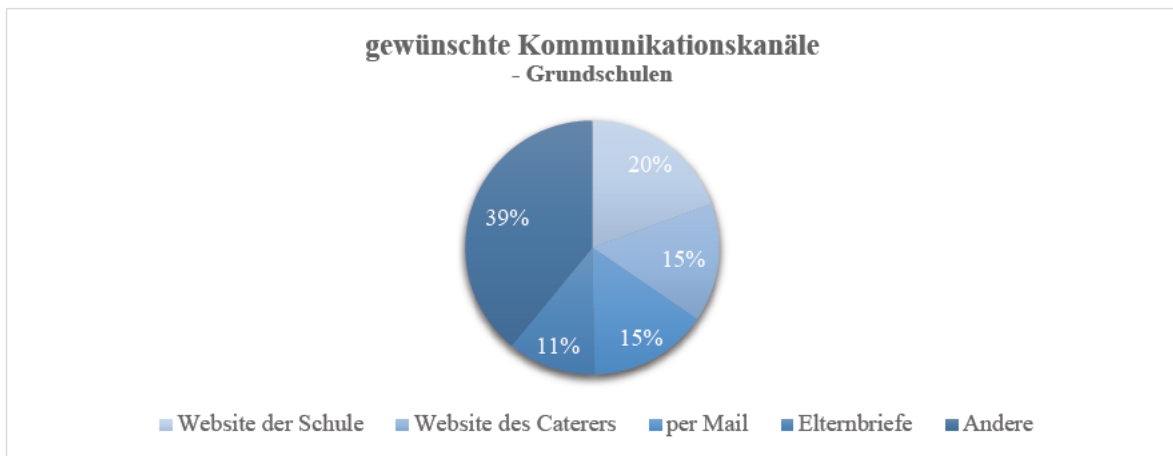


Abbildung 4 gewünschte Kommunikationskanäle in Grundschulen

Weiterführende Schule: n = 248

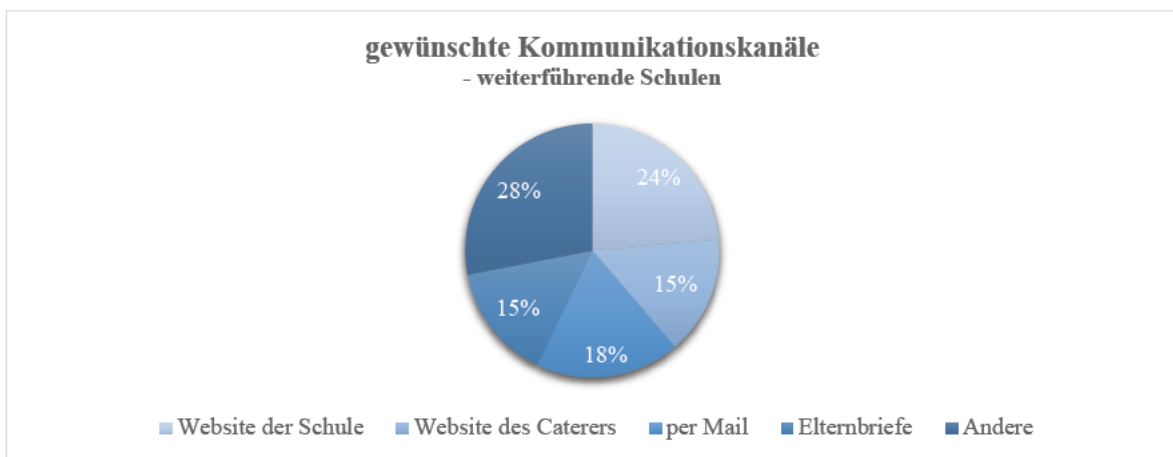


Abbildung 5 gewünschte Kommunikationskanäle in weiterführenden Schulen

Verglichen mit den bisher genutzten Kommunikationskanälen bestehen Überschneidungen. Bei beiden Schulformen werden Informationen zur Schulverpflegung hauptsächlich über die Website der Schule und die des Caterers vermittelt. Abweichend zu den gewünschten Wegen folgt an dritter Stelle der Informationsbezug über das eigene Kind und an vierter Stelle erneut übereinstimmend mit den Wünschen, über Elternbriefe (siehe *Abbildung 6* und *Abbildung 7*).

Grundschule: n = 128

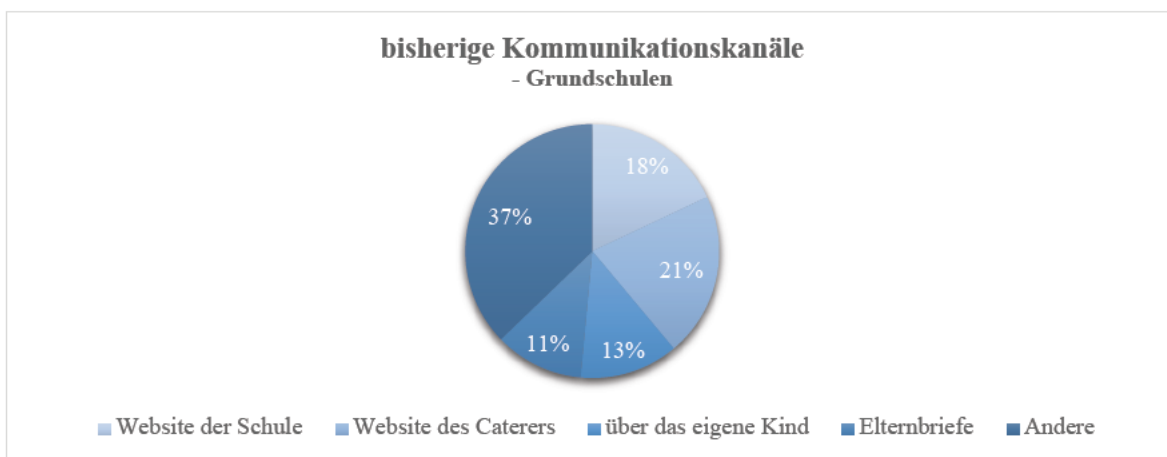


Abbildung 6 bisher genutzte Kommunikationskanäle in Grundschulen

Weiterführende Schule: n = 248

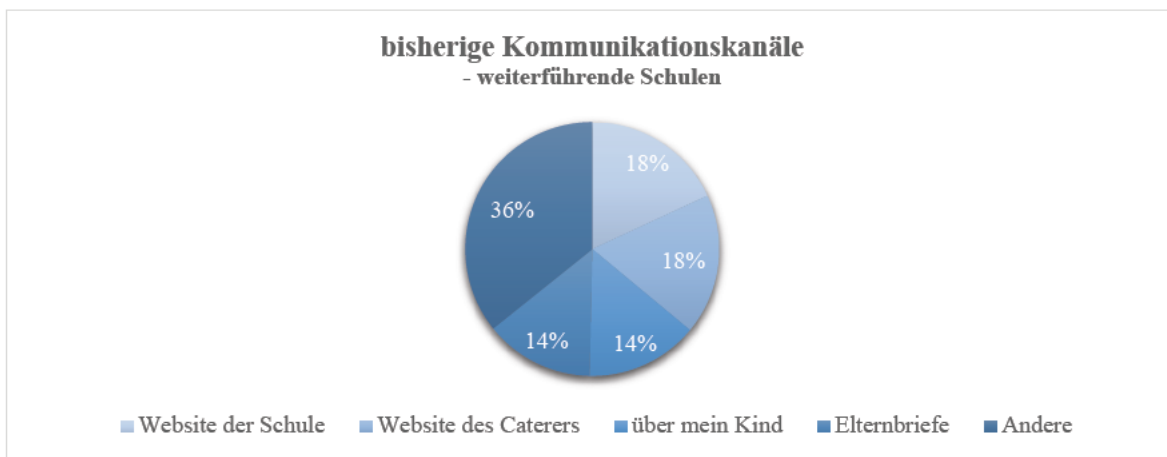


Abbildung 7 bisher genutzte Kommunikationskanäle in weiterführenden Schulen

Andere Tendenzen sind zu erkennen, wenn nur die Eltern mit Bezug von Sozialleistungen betrachtet werden. Hier unterscheiden sich die gewünschten Kommunikationskanäle sowohl in den Grund- als auch den weiterführenden Schulen. In Grundschulen steht weiterhin die Website der Schule an erster Stelle. Am zweitbeliebtesten ist dann jedoch die Kommunikation über den / die Klassenlehrer:in, gefolgt von der Kommunikation über Elternbriefe. An weiterführenden Schulen werden vor allem der / die Klassenlehrer:in als auch Elternbriefe bevorzugt (siehe *Abbildung 8*).

Grundschule mit Sozialleistungen: n = 8;

Weiterführende Schule mit Sozialleistungen: n = 10

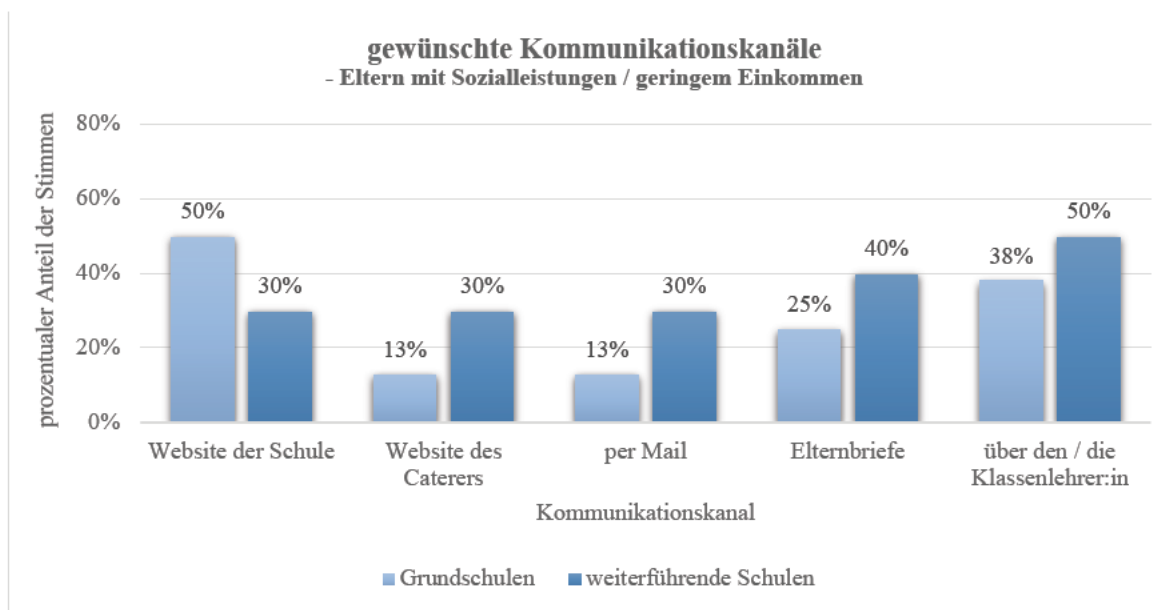


Abbildung 8 gewünschte Kommunikationskanäle von Eltern mit Sozialleistungen / einem geringen Einkommen unterteilt nach Schulform

Der Faktor, Schwierigkeiten bei der Suche / dem Verständnis von Informationen zum Schulessen zu haben, hat keinen Einfluss auf die gewünschten Kommunikationskanäle. Unabhängig von Verständnisproblemen werden dieselben Kommunikationskanäle bevorzugt (siehe *Abbildung 9*).

n = 456

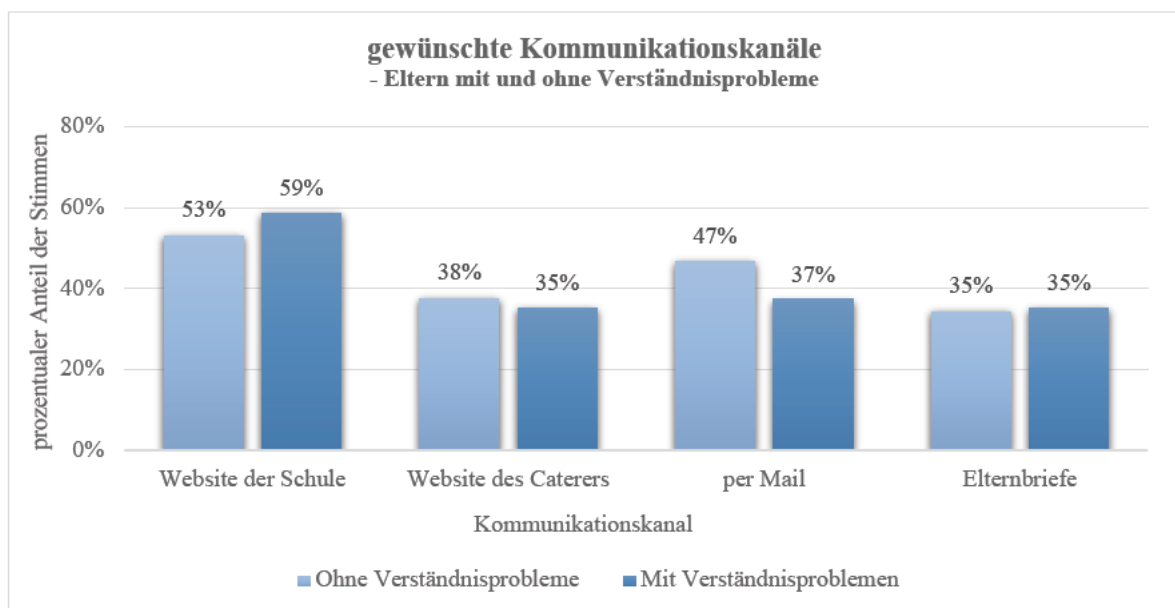


Abbildung 9 gewünschte Kommunikationskanäle von Eltern mit bzw. ohne Verständnisproblemen

Welche Herausforderungen bestehen bei der Vermittlung von Informationen zur Mittagsverpflegung an Erziehungs- und Sorgeberechtigte?

Neben den gewünschten Kommunikationskanälen von Eltern, welche Schwierigkeiten bei der Informationsaufnahme zum Thema Schulessen haben, ist zu betrachten, aus welchen Gründen Schwierigkeiten bestehen. Eltern geben hier sowohl in Grund- als auch weiterführenden Schulen größtenteils „zu wenige Informationen“ als Grund an. In den Grundschulen folgen Probleme wie „Informationen kommen spät oder unregelmäßig“ und das Fehlen einer Ansprechperson (siehe *Abbildung 10*). Bei den weiterführenden Schulen sind es ebenfalls das Fehlen einer Ansprechperson, sowie das erschwerte Finden digitaler Informationen (siehe *Abbildung 11*).

Grundschulen: n = 13

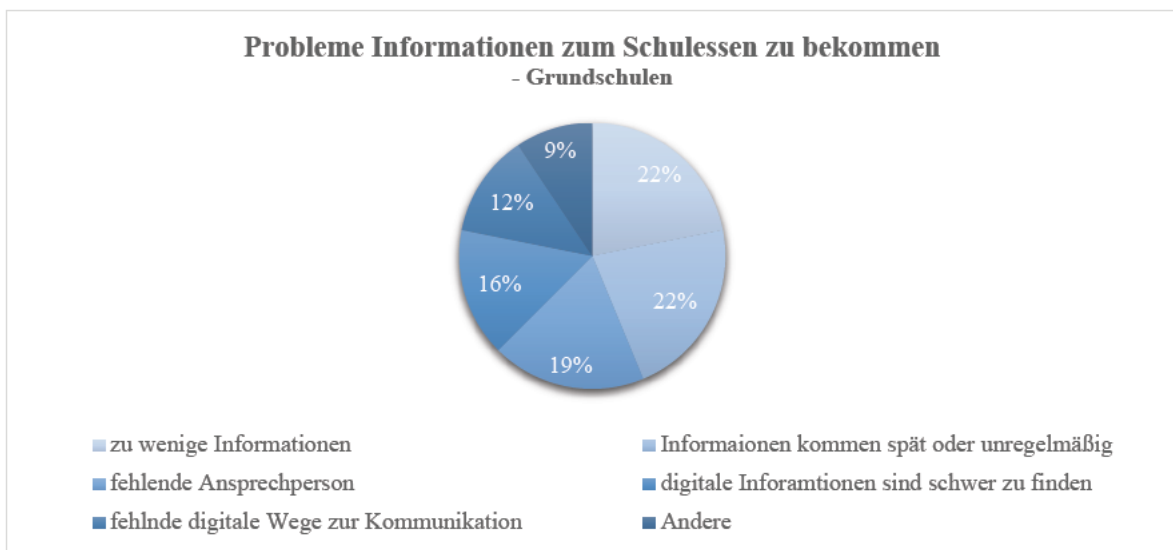


Abbildung 10 Probleme Informationen zum Schulessen zu bekommen an Grundschulen

Weiterführende Schulen: n = 29



Abbildung 11 Probleme Informationen zum Schulessen zu bekommen an weiterführenden Schulen

Warum nehmen leistungsberechtigte Erziehungs- und Sorgeberechtigte die Unterstützungsleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung nicht in Anspruch?

Als Grundlage zur Beantwortung dieser Frage ist es erst einmal interessant, den Anteil der Leistungsberechtigten, welche mindestens eine Leistung aus dem BuT nutzen, zu betrachten sowie den Anteil der Leistungsberechtigten, welche speziell auch die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung nutzen. Von allen Personen mit Sozialleistungsbezug bzw. einem geringen Einkommen und dementsprechend auch potenziellem Anspruch auf Leistungen aus dem BuT, nehmen 14 der 22 Personen (entspricht ca. 64 Prozent) mindestens eine Leistung aus dem BuT in Anspruch. Entsprechend nehmen 26,4 Prozent der Leistungsberechtigten die Angebote aus dem BuT nicht wahr.

12 Personen nehmen die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung in Anspruch. Dies entspricht ca. 86 Prozent aller BuT-Beziehenden, allerdings nur 54,5 Prozent in Bezug auf alle potenziellen Leistungsberechtigten. Schlussfolgernd nutzen ca. 45 Prozent der Eltern mit Sozialleistungsbezug das Angebot zur Mittagsverpflegung nicht (siehe *Abbildung 12*).

n = 22

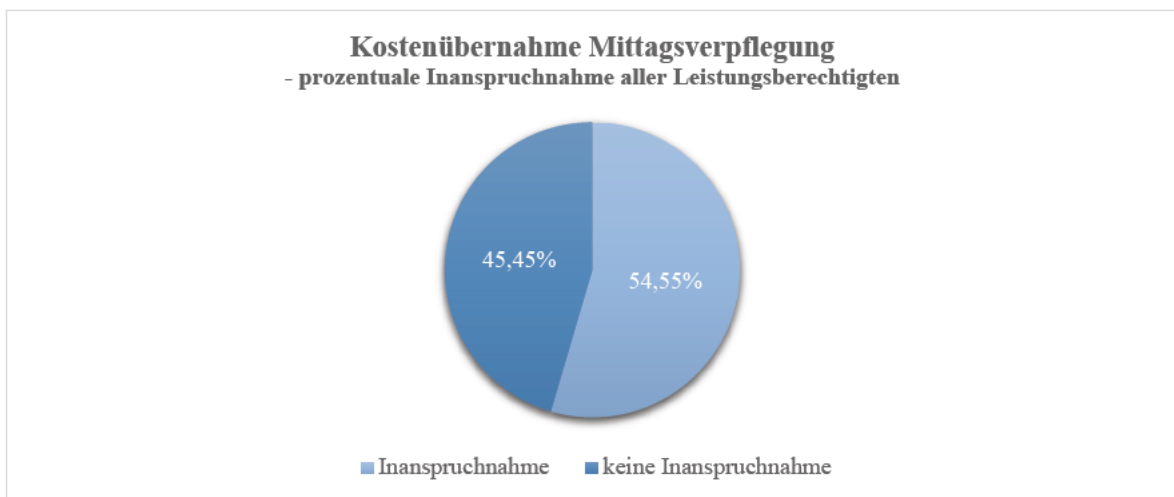


Abbildung 12 Inanspruchnahme Kostenübernahme Mittagsverpflegung

Unterteilt man die Leistungsberechtigten nach Schulformen, ist zu erkennen, dass etwa 38 Prozent der Eltern an Grundschulen und 60 Prozent der Eltern an weiterführenden Schulen die Kostenübernahme nicht in Anspruch nehmen. Die Eltern, welche mehrere Kinder an Grund- und weiterführenden Schulen haben, nehmen das Angebot zu 25 Prozent nicht in Anspruch (siehe *Abbildung 13*).

n = 22

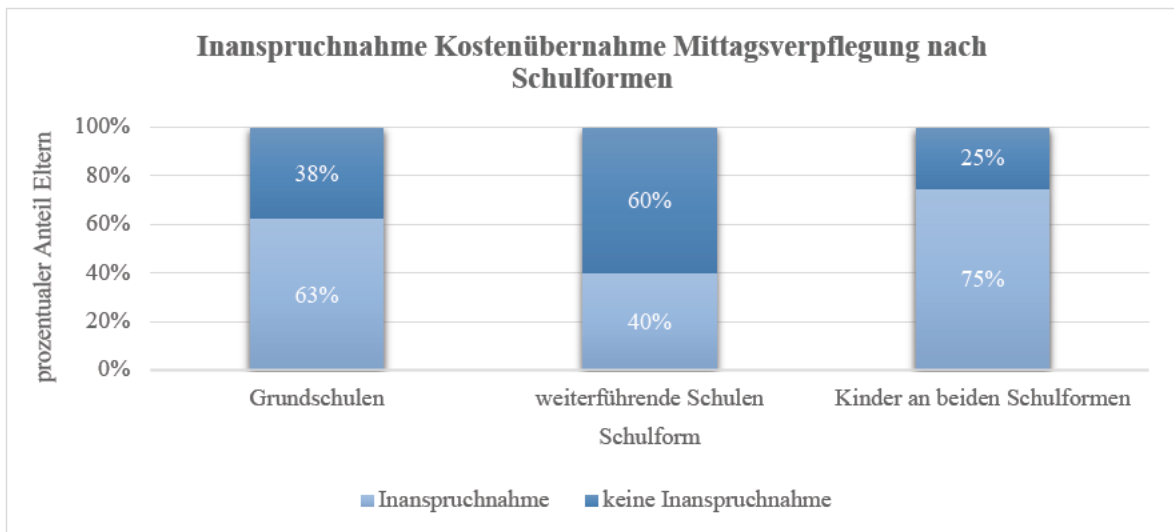


Abbildung 13 Inanspruchnahme der Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung aller Leistungsberechtigten unterteilt nach Schulformen

Es stellt sich die Frage, aus welchen Gründen Eltern die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung nicht in Anspruch nahmen. Der am häufigsten genannte Grund, ist die fehlende Kenntnis über das Angebot. Des Weiteren wurden Gründe wie ein zu hoher Aufwand der Antragstellung und das fehlende Interesse des Kindes an der Mittagsverpflegung genannt. Neben diesen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurden auch weitere Gründe genannt, weshalb Eltern die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung nicht beantragen. Diese werden unter den qualitativen Ergebnissen weiter beleuchtet (siehe *Abbildung 14*).

n = 10

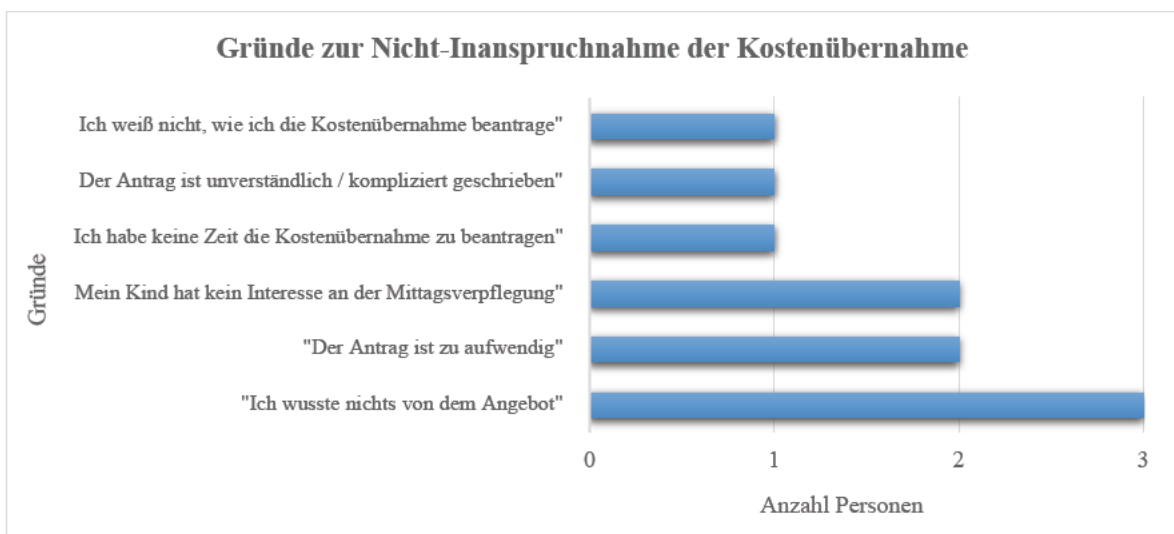


Abbildung 14 Gründe zur Nicht-Inanspruchnahme der Kostenübernahme der Mittagsverpflegung von BuT-Berechtigten

5.2 Qualitative Ergebnisse

Neben den Fragestellungen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurden bestimmte Fragen durch offene Freitextantworten ergänzt, um die Möglichkeit zur Äußerung weiterer Wünsche / Ideen etc. zu bieten.

In Bezug auf die erste Teilfrage (gewünschte Kommunikationskanäle der Eltern) wurden neben 19 vorgegebenen Kommunikationskanälen außerdem 30 zusätzliche Freitextantworten gegeben. 27 dieser Antworten waren von Eltern ohne Sozialleistungsbezug. Hervorstechend ist hierbei die Häufigkeit der Antworten, welche den Wunsch einer App verdeutlichten (56 Prozent). Einige Eltern wünschten sich hierbei eine App der Schule, andere eine des Caterers bzw. auch die Weiternutzung / der Ausbau bereits bestehender Apps. Beispielsweise wurden hier die Apps „MensaMax“ oder „Sdui“ genannt, über welche an einigen Schulen bereits Themen der Schulverpflegung organisiert werden. Denn im Vergleich mit der Frage, über welche Kommunikationskanäle Eltern bereits Informationen zur Schulverpflegung erhalten, wurde auch hier bereits zu 48 Prozent die Nutzung einer App genannt. Bei den Eltern mit Sozialleistungsbezug wurden drei Freitextantworten gegeben. Eine davon bestätigt ebenfalls den Wunsch nach der Weiternutzung einer bestehenden App (33 Prozent).

In Bezug auf die dritte Teilfrage (Gründe zur Nicht-Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung über das BuT) wurden neben den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (siehe *Abbildung 14*) vier weitere Freitextantworten geschrieben. Hierbei nannten mehrere Teilnehmende spezifische Gründe, warum sie die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung über das BuT – trotz eines potenziell bestehenden Anspruchs – nicht in Anspruch nehmen. Es wurden unter anderem der „Bezug von zu viel Arbeitslosengeld“ und von „KIZ“ (umgangssprachlich für Kinderzuschlag) genannt, welche jeweils zum Verlust des potenziellen Anspruchs auf die Kostenübernahme führten. Außerdem gab es in einem Fall Probleme bei der Bewilligung eines Verlängerungsantrages, bei welchem nach der Antragstellung auf die Unterhaltsvorschussstelle verwiesen wurde und „danach viele erfolglose Versuche bis aufgegeben“. Diese Freitextantworten lassen sich zum Teil auch der vorgegebenen Antwortmöglichkeit „Der Antrag ist zu aufwendig“ zuordnen und verdeutlichen die Herausforderungen individueller Antragsituationen und bürokratischer Hürden.

6 Diskussion

Im Folgenden werden in der Methodendiskussion zu berücksichtigende Limitationen der angewandten Methodik erläutert und anschließend in der Ergebnisdiskussion verdeutlicht, wie die dargestellten Ergebnisse unter Berücksichtigung dieser Limitationen interpretiert werden können. Außerdem werden mögliche Ableitungen aus den Ergebnissen aufgeführt.

6.1 Methodendiskussion

Im Folgenden werden Limitationen der durchgeführten Forschung aufgezeigt, welche die Aussagekraft und Generalisierbarkeit der Ergebnisse einschränkt. Dabei wird erläutert, welche Limitationen aufgetreten sind und welche Effekte diese auf die Ergebnisse haben bzw. welche Schlüsse sich daraus ableiten lassen. Ziel ist es hierbei, die Grenzen der Forschung darzulegen und mögliche Verzerrungen bei der Interpretation der Ergebnisse zu hinterfragen.

6.1.1 Limitationen

Digitale Erreichbarkeit

Studien zeigen, dass Personen mit einem geringeren Einkommen sowie mit einem niedrigeren Bildungsabschluss das Internet seltener nutzen (Wagner & Hering, 2014). Die Datenerhebung wurde allerdings per Online-Umfrage durchgeführt. Somit wurde der Zugang zum Internet sowie die erforderlichen Kenntnisse zur Handhabung dessen vorausgesetzt. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde die Zielgruppe so definiert, dass diese möglichst eine der Sozialleistungen in Anspruch nehmen, welche zur Inanspruchnahme des BuT berechtigen oder ein geringes Einkommen beziehen und somit ebenfalls Anspruch auf BuT-Leistungen haben können. Die möglicherweise begrenzte digitale Erreichbarkeit der Zielgruppe stellt somit eine Limitation und eine Einschränkung in der Repräsentativität der erhobenen Daten dar.

Sprachbarrieren

Untersucht werden sollten in dieser Umfrage auch mögliche Sprachbarrieren bei der Kommunikation zur Schulverpflegung, welche eine Inanspruchnahme der Kostenübernahme beeinträchtigen könnten. Aufgrund begrenzter zeitlicher Kapazitäten konnte der Fragebogen lediglich auf Deutsch und Englisch erstellt werden. Durch diese eingeschränkte Sprachauswahl wurden Personen, welche keine dieser zwei Sprachen verstehen, womöglich von der Teilnahme ausgeschlossen. Ein Hinweis zu Beginn der Umfrage, auf die Möglichkeit, die gesamte Website auch in weitere Sprachen automatisch übersetzen zu lassen, wirkt dieser Limitation zum Teil entgegen. Allerdings bedarf diese Einstellung einen gewissen Grad an technischem Know-how und der Voraussetzung, den Hinweis in Deutsch oder Englisch verstehen zu können. Gerade die Meinung der Eltern, welche Informationen in diesen

Sprachen nicht verstehen, sind interessant, um sprachliche Hürden bei Anträgen und Informationen zur Schulverpflegung zu identifizieren.

Inanspruchnahme Sozialleistungen

Kenntnisse und Schwierigkeiten zum Bildungs- und Teilhabepaket wurden nur von Personen abgefragt, welche bereits Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Personen, welche möglicherweise Anspruch auf Sozialleistungen haben, allerdings bereits bei dieser Antragstellung bereits Probleme haben, werden hier von der Datenerhebung zum BuT ausgeschlossen. Kenntnisse über Schwierigkeiten dieser Personengruppe könnten helfen, mehr Leistungsberechtigte zu erreichen und Hürden abzubauen.

Erreichbarkeit Elternräte

Für die Verbreitung der Umfrage wurden die aktuellen Mailadressen der Elternräte von insgesamt 207 Hamburger Grund- und weiterführenden Schulen sowie Regionalen Bildungs- und Beratungszentren recherchiert. Schon bei der Recherche zeigte sich, dass nicht von allen Elternräten gültige Mailadresse zu finden waren. Zudem konnten auch nach dem Versand der Umfrage 20 E-Mails nicht zugestellt werden.

Diese eingeschränkte Erreichbarkeit einiger Elternräte führt dazu, dass in direkter Folge auch ganze Elternschaften dieser betroffenen Schulen nicht erreicht wurden. Durch diese Limitation bleiben potenziell relevante Perspektiven in der Befragung unberücksichtigt.

6.1.2 Erfüllung der Gütekriterien

Zur Einschätzung der Qualität von Messinstrument und Erhebungsverfahren der Forschung, werden die drei Hauptgütekriterien Objektivität, Reliabilität und Validität sichergestellt. Die Erfüllung dieser gewährleistet eine methodisch zuverlässige und aussagekräftige wissenschaftliche Arbeit und ist sowohl für eine quantitative als auch qualitative Forschung relevant (Przyborski & Wohrab-Sahr, 2014).

Objektivität: Die Durchführung der Umfrage erfolgte online und somit unter gleichen Bedingungen für alle Teilnehmenden. Externe Einflüsse, wie z.B. die Verzerrung durch ein:e Interviewer:in konnten somit ausgeschlossen werden. Die Auswertung erfolgte anhand der Forschungsfragen und der zugrundeliegenden Hypothesen systematisch und ohne persönliche Interpretationen. Die quantitativen Ergebnisse lassen sich anhand von Häufigkeiten messen und darstellen. Und auch die qualitativen Ergebnisse lassen sich den Forschungsfragen objektiv zuordnen.

Reliabilität: Die Zuverlässigkeit der Messung lässt sich in dieser Untersuchung nur eingeschränkt sicherstellen. Die einheitliche Gestaltung des Fragebogens sowie die klare und einfache

Formulierung der Fragen trägt zu einer zuverlässigen Messung der Daten bei. Auch die insgesamt ausreichende Größe der Gesamtstichprobe wirkt möglichen Zufallsschwankungen in den Ergebnissen entgegen und erhöht die Stabilität der Ergebnisse. Einschränkungen ergeben sich allerdings bei dem Blick auf die Teilstichprobe der Personen mit Sozialleistungen bzw. Inanspruchnahme von BuT-Leistungen. Aufgrund der geringen Stichprobengröße kann für diese Teilgruppe keine verlässliche Wiederholung gleicher Ergebnisse in Bezug auf eine hohe Reliabilität gewährleistet werden.

Validität: Zur Sicherstellung der inhaltlichen Gültigkeit wurden auf Basis bisheriger Forschungen theoretische Hypothesen und die leitende(n) Forschungsfrage(n) formuliert. Darauf aufbauend wurde der Fragebogen entwickelt, welcher Daten zu allen inhaltlich relevanten Aspekten – gewünschte Kommunikationswege, Informationsbarrieren und Gründe zur Nicht-Inanspruchnahme von BuT-Leistungen – erfasst. Auch durch den Einbezug offener Antwortmöglichkeiten wurden subjektive Ansichten berücksichtigt.

Die erhobenen Daten zeigen in einigen Punkten Übereinstimmungen mit den theoretisch erwarteten Hypothesen und stützen so deren Gültigkeit. So bestätigen unter Anderem zentrale Ergebnisse, wie die mangelnde Nutzung der Kostenübernahme über das BuT die Annahme des sogenannten Präventionsdilemmas. Außerdem werden bekannte strukturelle Barrieren zur Erreichbarkeit sozioökonomisch benachteiligter Gruppen gestützt und die Annahme bestehender Unterschiede zu bevorzugten Kommunikationskanälen zwischen Eltern mit und ohne Sozialleistungsbezug bekräftigt. Dennoch werden auch einige Hypothesen wie Unterschiede in den gewünschten Kommunikationskanälen zwischen Eltern mit und ohne Verständnisproblemen oder zwischen Grund- und weiterführenden Schulen nicht bestätigt.

6.2 Ergebnisdiskussion

Zu klären ist, wie sich die Ergebnisse im Kontext des aktuellen Forschungsstands einordnen und diskutieren lassen. Außerdem stellt sich die Frage, was sich aus den Ergebnissen hinsichtlich der Forschungsfrage und den jeweiligen Teilfragen antworten und ableiten lässt und inwiefern sich daraus neue Forschungsfragen formulieren lassen.

6.2.1 Teilfrage 1

Welche Kommunikationskanäle bevorzugen Erziehungs- und Sorgeberechtigte, um Informationen zur Mittagsverpflegung zu erhalten?

Die Informationsvermittlung zur Schulverpflegung an Eltern stellt einen wichtigen Faktor für die Inanspruchnahme an der Mittagsverpflegung der Schüler:innen dar und betrifft an jeder Schule jeweils die gesamte Elternschaft. Es ist zu berücksichtigen, dass sowohl Eltern mit als auch ohne BuT-Anspruch zu Themen der Schulverpflegung über dieselben Kanäle informiert werden. Dies ist unter anderem relevant, um Stigmatisierungen zu vermeiden und den Verwaltungsaufwand möglichst niedrig zu halten. Unterscheidungen in unterschiedlichen Schulen bzw. Schulformen sind dagegen realistisch umsetzbar. Dementsprechend ist zu prüfen, ob sich die gewünschten Kommunikationswege von Eltern an Grund- und weiterführenden Schulen unterscheiden, um Empfehlungen für die jeweilige Schulform bestmöglich anzupassen. Außerdem ist zu prüfen, ob sich die gewünschten Kommunikationswege von Eltern mit und ohne Sozialleistungsbezug unterscheiden. Sollte eine Diskrepanz bestehen, ist mit Blick auf die Steigerung der Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung über das BuT zu überlegen, welche Kommunikationswege relevanter erscheinen, ob es Überschneidungen gibt oder die Informationsvermittlung über mehrere Kanäle in den Blick genommen wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass die bisher am häufigsten genutzten Kommunikationskanäle zur Schulverpflegung die Website der Schule, die Website des Caterers, über das eigene Kind sowie über Elternbriefe sind. Gegenübergestellt mit den gewünschten Kommunikationskanälen gibt es viele Überschneidungen. Lediglich die Kommunikation über das Kind wird sich seltener gewünscht. Dagegen möchten Eltern nach der Website der Schule und des Caterers auch Informationen per Mail erhalten, gefolgt von Elternbriefen. Es lässt sich schlussfolgern, dass digitale Kommunikationskanäle bevorzugt werden und sowohl Grund-, als auch weiterführende Schulen diese Wünsche schon weitestgehend umsetzen. Die Ergebnisse zeigen zudem, Eltern, welche angeben, Verständnisprobleme zu Themen der Schulverpflegung zu haben, wünschen sich dieselben Kommunikationskanäle.

Digitale Informationswege wurden von der Gesamtstichprobe häufig als bevorzugter Weg angegeben. Betrachtet man dagegen gesondert die Eltern mit Sozialleistungsbezug, gibt es eine Tendenz zu analogen und persönlichen Kommunikationswegen. In Grundschulen wird sich nach der Website der Schule am zweithäufigsten die Kommunikation über den / die Klassenlehrer:in gewünscht. An weiterführenden Schulen steht der / die Klassenlehrer:in an erster Stelle, gefolgt von Elternbriefen (siehe

Abbildung 8). Beantwortet wurde diese Frage von insgesamt 18 Eltern - 8 von Grundschulen und 10 von weiterführenden Schulen - was zusammen weniger als 2 Prozent der Gesamtkohorte ausmacht. Aufgrund dieser kleinen Kohortengruppe scheint es sinnvoll, die Aussagekraft dieser Ergebnisse in einer größeren Stichprobe nochmals zu überprüfen. Hinzu kommt, dass diese Forschung als Online-Umfrage durchgeführt wurde und somit voraussetzt, dass die Teilnehmenden über digitale Grundkompetenzen sowie einen Zugang zum Internet verfügen. Es ist demnach nicht ausgeschlossen, dass gerade die Eltern mit Anspruch auf Leistungsbezug, welche aufgrund technischer Defizite oder fehlender Medienkompetenz von digitalen Angeboten ausgeschlossen sind, in dieser Forschung unterrepräsentiert bleiben. Dies kann zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen, besonders mit Blick auf die Einschätzung bevorzugter Kommunikationskanäle und identifizierter Informationsbarrieren. Eltern mit eingeschränktem Zugang zu digitalen Medien könnten vermehrt analoge Kommunikationswege bevorzugen, wurden aber möglicherweise durch das Forschungsdesign nicht erfasst. Sollten sich die Ergebnisse in weiteren Forschungen mit größerer Kohortengruppe und analogen Befragungen bestätigen, ist in Betracht zu ziehen, die sich überschneidenden Kommunikationskanäle von Eltern mit und ohne Sozialleistungen wie die Website der Schule oder die Elternbriefe zu bevorzugen. Die jeweiligen Schulen könnten zudem prüfen, optional mehrere Wege zu nutzen.

Auch die Verwendung einer App, um Informationen zum Schulessen zu erhalten, scheint nach einigen Angaben schon an mehreren Schulen umgesetzt, und sich ebenso von vielen Eltern – mit und ohne Leistungsbezug – (weiterhin) gewünscht zu werden. Die Freitextantworten bezogen sich dabei weitestgehend auf die Nutzung einer App des Caterers, bzw. auf den Ausbau bereits bestehender Apps wie „MensaMax“ oder „Sdui“. Ebenso wurde aber auch der Wunsch nach einer schulinternen App geäußert. Die Umsetzbarkeit dieser Wünsche sollten von den Schulen geprüft und weitere Details mit der Elternschaft und dem jeweiligen Cateringunternehmen besprochen werden.

6.2.2 Teilfrage 2

Welche Herausforderungen bestehen bei der Vermittlung von Informationen zur Mittagsverpflegung an Erziehungs- und Sorgeberechtigte?

Neben der Frage über welches Medium Informationen an die Eltern übermittelt werden, ist zu klären, ob weitere Faktoren wie z.B. sprachliche Barrieren oder die Informationsmenge einen Einfluss auf die Informationsvermittlung haben. Auch hier macht eine Unterteilung nach Schulformen erneut Sinn, um möglichen Unterschieden gerecht zu werden.

9 bis 10 Prozent der Eltern an Grund- und weiterführenden Schulen gaben an, bei dem Bezug von Informationen zur Schulverpflegung, Verständnisprobleme zu haben. Starke Unterschiede der angegebenen Gründe für Verständnisprobleme gab es zwischen den Schulformen kaum. Gründe an beiden Schulformen waren vorwiegend „zu wenige Informationen“, gefolgt von „Informationen kommen spät oder unregelmäßig“ und das Fehlen einer Ansprechperson. Die genannten Gründe lassen

darauf schließen, dass eine digitale Form der Informationsvermittlung mit der Möglichkeit Benachrichtigungen zu erhalten, sinnvoll scheint. Außerdem wäre seitens der Schulen und Caterer zu prüfen, ob zusätzliche Informationen zur Schulverpflegung angegeben werden können, welche individuell auf Abruf der Eltern eingesehen werden könnte.

6.2.3 Teilfrage 3

Warum nehmen leistungsberechtigte Erziehungs- und Sorgeberechtigte die Unterstützungsleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung nicht in Anspruch?

Neben den allgemeinen Informationen zur Schulverpflegung ist auch ein Blick speziell auf die Informationsvermittlung zu dem BuT-Angebot – die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung – zu werfen. Zu hinterfragen ist, welche strukturellen Hemmnisse wie etwa soziale Faktoren, bürokratische Hürden oder mangelnde Kenntnis über das Angebot zur Nicht-Inanspruchnahme von leistungsberechtigten Eltern führen.

Zu Beginn ist festzuhalten, dass der prozentuale Anteil der Sozialleistungsempfänger:innen, welche entsprechend auch Anspruch auf Leistungen aus dem BuT haben müssten, in der Gesamtstichprobe bei etwa 5 Prozent liegt. Der Anteil von Sozialleistungsempfänger:innen in der Hamburger Bevölkerung liegt allerdings bei ca. 13 Prozent (Statistik Nord, 2023). Diese Teilnehmergruppe ist in der Datenerhebung demnach unterrepräsentiert. Erklären lässt sich das durch die erschwerte Erreichbarkeit dieser Zielgruppe, aufgrund verschiedener Limitationen wie z.B. die Medienkompetenz der Zielgruppe, die Sprachauswahl sowie die Erreichbarkeit der Elternräte. Dies spiegelt sich nicht nur in der geringen Teilnahmequote an der Umfrage wider, sondern weist außerdem auf strukturelle Hindernisse hin, welche sich auch im Zugang der Unterstützungsleistungen wie der Kostenübernahme zeigen.

Die Ergebnisse der Forschung bestätigen Erkenntnisse des bestehenden Forschungsstandes bezüglich des Präventionsdilemmas – dem möglichen Zusammenhang sozialer Ungleichheit und der (Nicht-) Inanspruchnahme gesundheitsfördernder Angebote. Die Nicht-Inanspruchnahme der Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung von etwa 45 Prozent der potenziellen BuT-Leistungsberechtigten verweist auf mögliche strukturelle und / oder kommunikative Barrieren, die mit den bereits aus bekannten Schwierigkeiten wie Informationsdefiziten („Ich wusste nichts von dem Angebot“) und bürokratische Hürden („Der Antrag ist zu aufwendig“; „Der Antrag ist unverständlich / kompliziert geschrieben“) durch die Umfrageergebnisse bestätigt werden. Auch spezielle Fälle der Ablehnung von BuT-Anträgen zur Mittagsverpflegung, aufgrund von Bezug bestimmter Sozialleistungen, welche im Regelfall kein Ausschluss dieser mit sich bringen, verdeutlichen die genannten Barrieren. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Kostenübernahme der Mittagsverpflegung beantragen, steigt, sofern Leistungsberechtigte mindestens eine BuT-Leistung bereits in Anspruch nehmen. Hier liegt die Inanspruchnahme bei 75 Prozent. Dennoch nutzt jedoch

auch ein signifikanter Anteil der BuT-Beziehenden (25 Prozent) bzw. der Leistungsberechtigten (54 Prozent) dieses Angebot nicht (siehe *Abbildung 12*). Die geringe Teilnahmequote von Eltern mit Sozialleistungen / einem geringen Einkommen an dieser Umfrage verweist zudem darauf, dass bei der Datenerhebung ein selektiver Zugang besteht.

Die Hypothese, sprachliche Hürden würden eine Barriere darstellen, wurde in dieser Forschungsarbeit nicht bestätigt. Die Mehrheit der Teilnehmenden vermerkt keine Verständnisschwierigkeiten aufgrund sprachlicher Hürden. Dies kann zum einen auf das ausgebaute multilinguale Angebot der BuT-Informationen der Stadt Hamburg zurückgeführt werden. Zum anderen ist allerdings anzumerken, dass trotz der einfachen und mehrsprachigen (Deutsch und Englisch) Gestaltung der Online-Umfrage, Personen mit anderen sprachlichen Hintergründen bereits im Vorfeld von der Teilnahme der Umfrage ausgeschlossen wurden. Die Stichprobe ist somit potenziell verzerrt, denn der fehlende Nachweis der Hypothese stellt nicht sicher, dass sprachliche Barrieren ausgeschlossen sind.

Da diese Untergruppe der BuT-Berechtigten im Vergleich zur Gesamtkohorte sehr klein ist, ist die Repräsentativität der Ergebnisse dieser Gruppe zu hinterfragen und in weiteren Forschungen mit einer höheren Teilnahmequote zu prüfen.

Wie lässt sich anschließend die Forschungsfrage „**Über welche Kommunikationskanäle können Erziehungs- und Sorgeberechtigte mit geringem Einkommen effektiv über die Sozialleistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zur Mittagsverpflegung an Hamburger Schulen informiert und erreicht werden?**“ hinsichtlich der Ergebnisse beantworten?

Im Kontext der Forschungsfrage, lassen sich verschiedene Erkenntnisse aus den Ergebnissen ziehen: Digitale Kommunikationswege, wie die Schulwebsite oder die Website des Caterers, sowie die Nutzung einer App, werden von der Mehrheit der Befragten als bevorzugte Informationswege wahrgenommen. Für Eltern mit geringem Einkommen oder Sozialleistungsbezug zeigen sich jedoch verstärkt Präferenzen für analoge oder persönliche Kommunikationswege – insbesondere über Klassenlehrer:innen oder Elternbriefe. Diese Tendenz legt nahe, dass ein einzelner Kommunikationskanal nicht ausreicht, um alle Eltern einer Schulgemeinschaft gleichermaßen zu erreichen. Es bedarf vielmehr eines differenzierten und mehrkanaligen Ansatzes, welcher digitale Angebote durch direkte und niedrigschwelligere Wege ergänzt. Gleichzeitig zeigt die geringe Inanspruchnahme der Kostenübernahme, dass trotz bestehender Berechtigung, strukturelle und bürokratische Hürden weiterhin eine Barriere darstellen. Auch wenn sprachliche Schwierigkeiten in der Umfrage nicht signifikant als Problem genannt wurden, kann dies aufgrund der methodischen Limitationen nicht abschließend bewertet werden. Kommunikationskanäle sollten gezielter an die Bedürfnisse der Zielgruppe ausgerichtet, Informationsangebote transparenter gestaltet und Barrieren für den Zugang der Angebote abgebaut werden. Zusammenfassend lässt sich aus den bisherigen Ergebnissen ableiten, dass für eine wirkungsvolle Eltern-Kommunikation zu BuT-Leistungen mit Fokus auf der Schulverpflegung ein mehrkanaliger, zielgruppenspezifischer Ansatz notwendig ist, welcher digitale mit persönlichen

Kommunikationswegen kombiniert, bürokratische Verfahren vereinfacht und Informationen sprachlich sowie formal barrierearm gestaltet.

Methodisch verweisen die Ergebnisse auf die Notwendigkeit, künftige Forschungen unter alltagsnäheren bzw. für die Zielgruppe zugänglicheren Bedingungen durchzuführen. Die Datenerhebung sollte multilingualer, digital sowie analog durchgeführt werden und sollte zusätzlich durch persönliche Einzel- oder Gruppen-Interviews ergänzt werden, um Gründe zur Nicht-Inanspruchnahme der Kostenübernahme tiefgründiger zu hinterfragen und möglichen Verständnisproblemen entgegenzuwirken. Die Verbreitung der Umfrage an die Eltern über die Elternräte stellt einen guten und niedrigschwelligen Zugang dar. Allerdings sollte die Verbreitung aufgrund der zum Teil eingeschränkten Erreichbarkeit der Elternräte und der fehlenden Garantie der Weiterleitung an die Eltern nicht hauptsächlich auf diesem Wege erfolgen. Ergänzungen um weitere Wege wie Elternbriefe, die Schulwebseite oder E-Mails scheinen sinnvoll, um den Zugang zu mehr Eltern (insbesondere mit niedrigem sozioökonomischen Status / Sozialleistungsbezug) zu erweitern. Folglich können umfassendere und aussagekräftigere Ergebnisse bezüglich der Kommunikation zur Schulverpflegung und BuT-Angeboten und der allgemeinen Erreichbarkeit dieser Zielgruppe erhalten werden.

7 Schlussfolgerung & Ausblick

Aus den Ergebnissen ergeben sich konkrete Konsequenzen: Die Kommunikation zu BuT-Angeboten und speziell der Schulverpflegung sollte zielgruppenspezifischer und verständlicher gestaltet werden. Eine stärkere Vernetzung zwischen Schule, Caterer und Verwaltung der Kommune sowie der Einsatz digitaler Tools in Kombination mit persönlichen Kontaktangeboten könnte die Inanspruchnahme verbessern. Des Weiteren sind die Vereinfachung von Antragsverfahren und eine transparente, frühzeitige Informationsweitergabe von zentraler Bedeutung.

Mit dieser Arbeit wurde ein Beitrag zur praxisnahen Beantwortung der Forschungsfrage geleistet, indem Informationsdefizite und bestehende Barrieren in der Kommunikation zur Schulverpflegung ermittelt und aufgezeigt wurden. Die Erkenntnisse fließen in die Entwicklung eines digitalen Kommunikationsleitfadens im Rahmen des Forschungsprojektes „#MealMessageMensa“ ein und dienen als Grundlage für die konzeptionelle Weiterentwicklung entsprechender Maßnahmen. Perspektivisch sollte die Forschung jedoch nochmals in größeren, methodisch diverseren Stichproben vertieft werden, um die identifizierten Ergebnisse zu validieren und Handlungsempfehlungen weiter zu verschärfen.

Darauf aufbauend lassen sich weiterführende Forschungsfragen formulieren, durch deren Untersuchung die Kommunikation mit Erziehungs- und Sorgeberechtigten (mit geringem Einkommen) bezüglich der Schulverpflegung weiter verbessert und folglich die Inanspruchnahme der Kinder an der Mittagsverpflegung gesteigert werden kann:

1. Welche Kommunikationskanäle erreichen Erziehungs- und Sorgeberechtigte mit niedrigem sozioökonomischen Status nachweislich am effektivsten – unter Berücksichtigung von Medienkompetenz und Sprachkenntnissen?

Diese Frage schließt an die methodisch bedingte Unterrepräsentation der Zielgruppe an. Hierdurch wird die leitende Forschungsfrage dieser Arbeit erneut aufgegriffen und weiterführend mit dem Fokus auf mögliche Barrieren der Zielgruppe untersucht.

2. Wie wirken sich unterschiedliche Kommunikationsstrategien (digital vs. analog / persönlich) auf die tatsächliche BuT-Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung aus?

Diese Frage schließt an die Ergebnisse der bevorzugten Kommunikationskanäle an. Hierdurch wird die direkte praktische Wirksamkeit der verschiedenen Kommunikationskanäle untersucht.

3. Welche Auswirkungen haben niedrigschwellige, begleitende Unterstützungsangebote (z.B. persönliche Beratung / Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen) auf die BuT-Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung?

Diese Frage geht spezifischer auf den Wunsch einer persönlichen Ansprechperson kombiniert mit dem Abbau bürokratischer Hürden ein und untersucht die Wirksamkeit alltagsnaher und persönlicher Unterstützungsangebote.

Literaturverzeichnis

- Arens-Azevedo, U. (März 2021). Nachhaltige Kita- und Schulverpflegung in Deutschland. *Ernährung im Fokus*, S. 162-163.
- BMBFSFJ. (16. Juli 2025). *Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG)*. Von [bmbfsfj.bund.de](https://www.bmbfsfj.bund.de): <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/gesetze/gesetz-rechtsanspruch-ganztagsbetreuung-grundschulen-178966> abgerufen am 03.08.2025
- Boeddinghaus, S., Tietjen, I., & Hamburg, S. (28. Februar 2024). Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus und Insa Tietjen (DIE LINKE). Hamburg, Hamburg.
- Bundesagentur für Arbeit. (20. Mai 2025). *Bildung und Teilhabe - Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise (Zeitreihe Jahreszahlen)*. Von statistik.arbeitsagentur.de: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=but-zr abgerufen am 03.08.2025
- Döring, N., & Bortz, J. (2016). *Forschungsmethoden und Evaluation in der Sozial- und Humanwissenschaften (5. Auflage)*. Berlin; Heidelberg: Springer.
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung. (Juli 2023). Wenn der Teller leer bleibt. *Ernährungs Umschau*(7/2023), M446-M447.
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (2022). *DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen*. Bonn: Heider Print+Medien GmbH.
- Förderschwerpunkt Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen*. (9. August 2024). Von Bundesministerium für Gesundheit : <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/kindergesundheit/praevention-von-kinder-uebergewicht.html> abgerufen am 03.08.2025
- FAO, IFAD, UNICEF, WFP, & WHO. (2022). Repurposing food and agricultural policies to make healthy diets more affordable. In *The State of Food Security and Nutrition in the World 2022* (S. 147). Rome: FAO.
- Freitag-Ziegler, G. (2023). Ernährungsarmut in Deutschland – sehen, verstehen, begegnen : 7. BZfE-Forum 2023. *Ernährung im Fokus* , 1-3.
- Gogolin, I. (2008). *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule* (Bd. 101). Münster, New York, München, Berlin: Waxmann Verlag GmbH.
- Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (2025). *IN FORM Projekt*. Von [hag-gesundheit.de](https://www.hag-gesundheit.de): <https://www.hag-gesundheit.de/arbeitsfelder/gesundheit-und-ernaehrung/vernetzungsstelle-schulverpflegung-hamburg/in-form-projekt> abgerufen am 03.08.2025
- Heise, N. (7. August 2024). Warum die Beziehung von Lehrkräften und Eltern oft schwierig ist. (F. Anders, Interviewer)
- Henkel, M., & Haumann, D. (2012). *Das Bildungs- und Teilhabepaket: Chancen für Kinder aus Familien mit Kinderzuschlag*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

- Janssen, C., Swart, E., & von Lengerke, T. (2014). *Health Care Utilization in Germany: Theory, Methodology, and Results*. Heidelberg: Springer.
- Koletzko, P. (2011). *Stellungnahme zum übersandten Fragenkatalog zur Öffentlichen Anhörung zum Thema „Schulverpflegung“ des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 30. November 2011*. München: Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin.
- Kultur, Musik, Sport, Freizeiten und Ausrüstung ("Soziokulturelle Teilhabe")*. (2025). Von hamburg.de: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/kultur-musik-sport-ausruestung-44874> abgerufen am 03.08.2025
- Lundborg, P., Rooth, D.-O., & Alex-Petersen, J. (2021). Long-Term Effects of Childhood Nutrition: Evidence from a School Lunch Reform. *The Review of Economic Studies*, 876–908.
- Melches, D., & Gagné, J. (2025). *Meine, deine, unsere? Was uns als Gesellschaft beim Thema Ernährung wichtig ist*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung GmbH.
- Mensink, G., Haftenberger, M., Barbosa, C. L., Brettschneider, A.-K., Lehmann, F., Frank, M., . . . Perlitz, H. (2020). *EsKiMo II - Die Ernährungsstudie als KiGGS-Modul*. Berlin: Robert Koch Institut.
- Mittagessen für die Hamburger Schulen*. (Mai 2023). Von hamburg.de: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/schulbehoerde/themen/ganztag/catering-141074> abgerufen am 03.08.2025
- Mittagsverpflegung*. (2025). Von hamburg.de: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/themen/soziales/bildungspaket/mittagsverpflegung-44922> abgerufen am 03.08.2025
- Momotow, T. (2022). *Factsheet „Bildungsgerechtigkeit in Deutschland“*. Bochum: Studienkreis GmbH.
- Pieper, J., & Schneider, U. (2024). *Armut in der Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2024*. Berlin: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.
- Przyborski, A., & Wohlrab-Sahr, M. (2014). *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.
- Sahrai, D., & Bittlingmayer, U. (2024). *Frühe Hilfen für alle? Erreichbarkeit von Eltern in den Frühen Hilfen*. Köln: Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH).
- Smith, G. (2008). Die Bedeutung einer Lebenslaufperspektive für die Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit. In U. Bauer, U. Bittlingmayer, & M. Richter, *Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit* (S. 291-331). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistik Nord. (2023). *Soziales*. Von statistik-nord.de: <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/soziales> abgerufen am 03.08.2025
- Statistik Nord. (19. Dezember 2024). *Bevölkerung in Hamburg 2023*. Von statistik-nord.de: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI24_192.pdf abgerufen am 03.08.2025

- Statistisches Bundesamt (Destatis). (26. Juli 2023). *Kinder und Jugendliche von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss besonders von Armut bedroht*. Von destatis.de: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_N045_63.html abgerufen am 03.08.2025
- Steiner, E., & Benesch, M. (2018). *Der Fragebogen- von der Forschungsidee zur SPSS-Auswertung (5. aktualisierte Auflage)*. Wien: facultas Universitätsverlag.
- Wagner, P., & Hering, L. (2014). Online-Befragung. In *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 661-673). Springer.
- WBAE. (2020). *Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten*. Berlin: WBAE – Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL.
- WBAE. (2023). *Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen - Stellungnahme*. Berlin: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMEL).
- Yassine, A., & Lehmann, K. (26. August 2024). Digitale Elternkommunikation: Zwischen Ranzenpost und Lernmanagementsystem. (S. Hermes, Interviewer)

Anhang

Abbildung Ergebnisse

n = 456

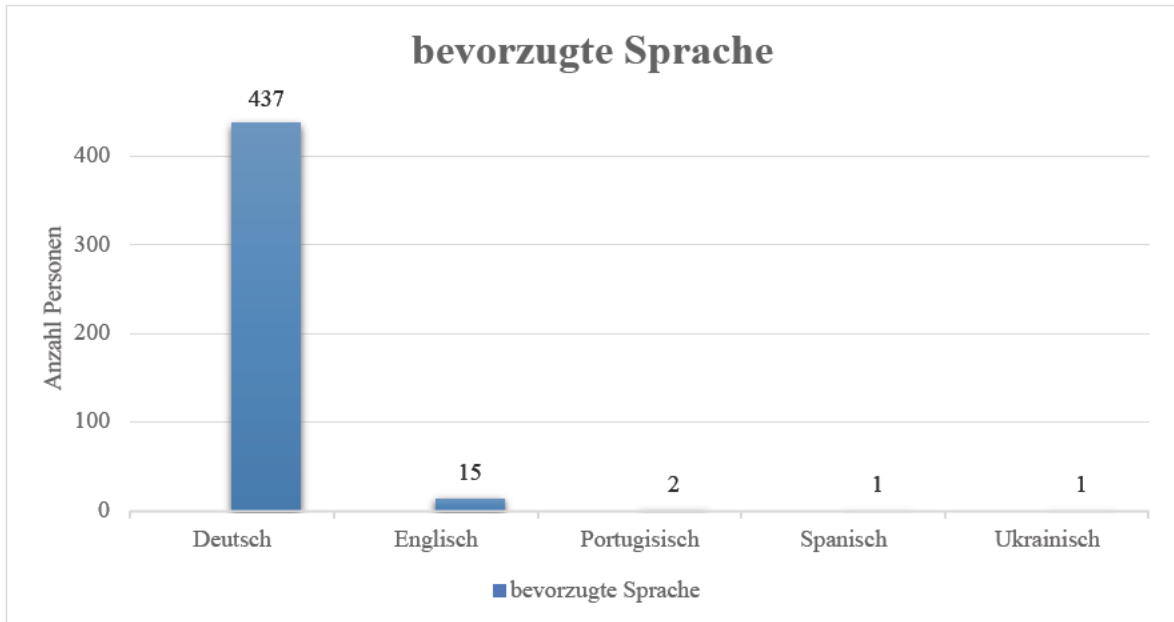


Abbildung 15 bevorzugte Sprachen der Teilnehmenden zur Beantwortung der Umfrage

Fragebogen

Umfrage Kommunikationswege Schulverpflegung

Auswahl Sprache

Abschnitt 1

Auswahl Sprache

1. In welcher Sprache möchten Sie die Umfrage ausfüllen? / In which language would you like to complete the survey?

Note: The survey can also be automatically translated into other languages, for example via the Fire Fox browser. *

Deutsch

Englisch

Einleitung

Abschnitt 2

Einleitung

Vielen Dank, dass Sie an dieser Umfrage teilnehmen!

In dieser Umfrage geht es um verschiedene Kommunikationswege und wie Sie, als Erziehungs- und Sorgeberechtigte von Schüler:innen, zum Thema Schulverpflegung am besten erreicht werden können. Ich bin Studentin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) und führe diese Umfrage im Rahmen meiner Bachelorarbeit in Kooperation mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Hamburg durch.

Die Ergebnisse der Umfrage werden genutzt, um die Kommunikation mit Ihnen zu Themen der Schulverpflegung zu verbessern.
Die Umfrage dauert ca. 6-7 Minuten.

Die Teilnahme ist freiwillig, und Sie können die Umfrage jederzeit ohne Angabe von Gründen abbrechen oder Ihre Zustimmung widerrufen. Alle Angaben werden anonym und vertraulich behandelt. Durch die Teilnahme oder Nichtteilnahme entstehen keinerlei Vor- oder Nachteile für Sie oder ihre Kinder.

Demographische Daten

Abschnitt 3

Demographische Daten

2. Welches Geschlecht haben Sie? *

- Weiblich
- Männlich
- Divers

3. Wie alt sind Sie? *

- <20 Jahre
- 20-29 Jahre
- 30-39 Jahre
- 40-49 Jahre
- 50+ Jahre

4. Mein Kind/ meine Kinder gehen auf folgende Schule/n: *

- Grundschule
- weiterführende Schule
- beides

5. Ich habe folgenden höchsten Bildungsabschluss: *

- kein Schulabschluss
- Hauptschulabschluss (Erster Bildungsabschluss)
- Realschulabschluss (Mittlerer Bildungsabschluss/ Mittlere Reife)
- Gymnasialer Abschluss (Abitur)
- Fachhochschulreife
- Bachelor
- Master
- Diplom
- Promotion
- Sonstiges

6. Verstehen Sie Informationen über das Schulessen auf Deutsch? (Zum Beispiel: Änderungen des Speiseplans, Informationen über die Anmeldung zum Essen,...) *

- Ja
- Nein

7. Welche Sprache ist für Sie einfacher? *

- Englisch
- Arabisch
- Farsi
- Ukrainisch
- Türkisch
- Polnisch
- Spanisch
- Italienisch
- Portugiesisch
- Russisch
- Sonstiges

8. Nehmen Sie Sozialleistungen (Unterstützung/ Geld vom Staat) in Anspruch oder haben Sie ein geringes Einkommen? *

- Ja
- Nein

9. Welche Sozialleistungen nehmen Sie in Anspruch? *

- Bürgergeld (SGBII)
- Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Erwerbsminderung)
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Wohngeld
- Kinderzuschlag
- Ich beziehe keine der oben genannten Sozialleistungen, habe aber ein geringes Einkommen. (Somit können Sie auch Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) erhalten.)

Keine Inanspruchnahme von Sozialleistungen (Pfad 1)

Abschnitt 4

Keine Inanspruchnahme von Sozialleistungen

Sie haben angegeben, keine Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Die nächsten Fragen gehen darum, wie sie bisher Informationen zum Schulessen erhalten haben und welche Verbesserungen Sie sich wünschen. Informationen zum Schulessen meint zum Beispiel Änderungen des Speiseplans, Anmeldung zum Essen, Informationen zum Caterer, etc.)

10. Über diese Wege habe ich schon einmal Informationen über das Schul-Essen erhalten: *

- Website der Stadt Hamburg
- Website der Schule
- Website des Caterers
- Soziale Medien, und zwar:
 - Instagram
 - WhatsApp
 - YouTube
 - Facebook
 - Tiktok
 - Snapchat
 - Signal
 - Telegram
 - X (Twitter)
 - per Mail
- Informationsflyer
- über den Klassenlehrer / die Klassenlehrerin (z.B. am Elternabend, etc.)
- Elterbriefe
- mein Kind
- Eltern von Mitschüler:innen
- Freunde, Familie, Bekannte
- Sonstiges

11. Ich habe Probleme die Informationen zum Schul-Essen zu bekommen/ zu verstehen/ zu finden/ etc.. *

- Ja
- Nein

12. Welche Probleme gibt es, wenn Sie Informationen zum Schul-Essen bekommen? *

- Sprachprobleme
- Briefe / Flyer gehen verloren
- Emails gehen verloren
- zu viele Informationen
- zu wenige Informationen
- keine Ansprechperson bei Fragen oder Problemen
- Informationen kommen spät oder unregelmäßig
- keine digitalen Wege zur Kommunikation
- Texte sind schwer zu lesen / schwer zu verstehen
- digitale Informationen sind schwer zu finden (z.B. auf Website)
- Sonstiges

13. Über folgende Wege würde ich am liebsten Informationen zum Schul-Essen erhalten: *

- Website der Stadt Hamburg
- Website der Schule
- Website des Caterers
- Soziale Medien, und zwar:
 - Instagram
 - WhatsApp
 - YouTube
 - Facebook
 - Tiktok
 - Snapchat
 - Signal
 - Telegram
 - X (Twitter)
- per Mail
- Informationsflyer
- über den Klassenlehrer / die Klassenlehrerin (z.B. am Elternabend, etc.)
- Elterbriefe
- mein Kind
- Eltern von Mitschüler:innen
- Freunde, Familie, Bekannte
- Sonstiges

14. Weitere Ideen / Wünsche / Anmerkungen zu Informationen über das Schul-Essen:

Ihre Antwort eingeben

Inanspruchnahme von Sozialleistungen (Pfad 2)

Abschnitt 5

Inanspruchnahme von Sozialleistungen / geringes Einkommen

Sie haben angegeben, eine der aufgezählten Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen oder ein geringes Einkommen zu haben. Damit haben Sie einen Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT). Die nächsten Fragen gehen um Ihr bisheriges Wissen und die Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT).

15. Ich habe von dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) und dessen Leistungen/ Angeboten schon einmal gehört. *

- Ja
- weiß nicht
- Nein

16. Über welche Wege haben Sie von dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) gehört? *

- Website der Stadt Hamburg
- Website der Schule
- Website des Caterers
- Soziale Medien, und zwar:
 - Instagram
 - WhatsApp
 - YouTube
 - Facebook
 - Tiktok
 - Snapchat
 - Signal
 - Telegram
 - X (Twitter)
- per Mail
- Informationsflyer
- über den Klassenlehrer / die Klassenlehrerin (z.B. am Elternabend, etc.)
- Elterbriefe
- mein Kind
- Eltern von Mitschüler:innen
- Freunde, Familie, Bekannte
- bei Antragstellung der Sozialleistungen
- bei Bescheid des Wohngelds
- einmalig bei der Einschulung
- bei Beginn eines neuen Schuljahres
- Sonstiges

17. Ich weiß, welche Leistungen/ Angebote im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) enthalten sind. *

- Ja
- weiß nicht
- Nein

18. Ich nehme Leistungen (finanzielle Unterstützung) aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) in Anspruch. *
zum Beispiel für: Schulbedarf / Beiträge und Ausrüstung für Kultur, Musik, Sport, Freizeiten / Ausflüge und Klassenfahrten / Lernförderung / Ferienbetreuung / Mittagessen

- Ja
- Nein

19. Ich nehme die Übernahme der Kosten des Mittagessens in Anspruch. *

- Ja
- Nein

Inanspruchnahme Mittagsverpflegung (Pfad 2.1)

Abschnitt 6

Inanspruchnahme Mittagsverpflegung

Sie haben angegeben, dass Sie die Übernahme der Kosten für das Mittagessen in der Schule aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) in Anspruch nehmen.

20. Gab es Probleme bei dem Antrag für die Kostenübernahme des Schul-Essens? *

- Ja
- Nein

21. Welche Probleme gab es bei dem Antrag? *

- Der Antrag ist zu aufwendig.
- Der Antrag ist unverständlich / kompliziert geschrieben.
- Ich verstehe die Sprache nicht / nur schlecht.
- Ich fühle mich ausgegrenzt oder von anderen verurteilt.
- Sonstiges

Keine Inanspruchnahme Mittagsverpflegung (Pfad 2.2)

Abschnitt 7

Keine Inanspruchnahme Mittagsverpflegung

Sie haben angegeben, die Übernahme der Kosten für das Mittagessen in der Schule aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) **nicht** in Anspruch zu nehmen.

22. Warum nehmen Sie die Übernahme der Kosten für das Mittagessen in der Schule (BuT) bisher nicht in Anspruch?

*

- Der Antrag ist zu aufwendig.
- Der Antrag ist unverständlich / kompliziert geschrieben.
- Ich verstehe die Sprache nicht / nur schlecht.
- Ich fühle mich ausgegrenzt oder von anderen Verurteilt.
- Ich wusste nichts von dem Angebot.
- Ich weiß nicht wie ich die Übernahme der Kosten beantrage.
- Ich habe keine Zeit die Übernahme der Kosten zu beantragen.
- Mein Kind hat kein Interesse ab dem Mittagessen in der Schule.
- Sonstiges

Inanspruchnahme von Sozialleistungen (Pfad 2)

Abschnitt 8

Kommunikationswege allgemein

Die nächsten Fragen gehen NICHT um das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Es geht darum, wie sie bisher Informationen zum Schulessen allgemein erhalten haben und welche Verbesserungen in der Kommunikation Sie sich wünschen. Informationen zum Schulessen meint zum Beispiel Änderungen des Speiseplans, Anmeldung zum Essen, Informationen zum Caterer, etc.

23. Über diese Wege habe ich schon einmal Informationen über das Schul-Essen erhalten: *

- Website der Stadt Hamburg
- Website der Schule
- Website des Caterers
- Soziale Medien, und zwar:
 - Instagram
 - WhatsApp
 - YouTube
 - Facebook
 - Tiktok
 - Snapchat
 - Signal
 - Telegram
 - X (Twitter)
- per Mail
- Informationsflyer
- über den Klassenlehrer / die Klassenlehrerin (z.B. am Elternabend, etc.)
- Elterbriefe
- mein Kind
- Eltern von Mitschüler:innen
- Freunde, Familie, Bekannte
- Sonstiges

24. Ich habe Probleme, die Informationen zum Schul-Essen zu bekommen/ zu verstehen/ zu finden/ etc.. *

- Ja
- Nein

25. Welche Probleme gibt es, wenn Sie Informationen zum Schul-Essen bekommen? *

- Sprachprobleme
- Briefe / Flyer gehen verloren
- Emails gehen verloren
- zu viele Informationen
- zu wenige Informationen
- keine Ansprechperson bei Fragen oder Problemen
- Informationen kommen spät oder unregelmäßig
- keine digitalen Wege zur Kommunikation
- Texte sind schwer zu lesen / schwer zu verstehen
- digitale Informationen sind schwer zu finden (z.B. auf Website)
- Sonstiges

26. Über folgende Wege würde ich am liebsten Informationen zum Schul-Essen erhalten: *

- Website der Stadt Hamburg
- Website der Schule
- Website des Caterers
- Soziale Medien, und zwar:
 - Instagram
 - WhatsApp
 - YouTube
 - Facebook
 - Tiktok
 - Snapchat
 - Signal
 - Telegram
 - X (Twitter)
- per Mail
- Informationsflyer
- über den Klassenlehrer / die Klassenlehrerin (z.B. am Elternabend, etc.)
- Elterbriefe
- mein Kind
- Eltern von Mitschüler:innen
- Freunde, Familie, Bekannte
- Sonstiges

27. Weitere Ideen / Wünsche / Anmerkungen zu Informationen über das Schul-Essen:

Ihre Antwort eingeben

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, dass ich vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Bendig, Jolyn Samira